

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stuckatoren und verwandten Berufsgenossen.

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckatoren Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellung; bei Zusendung unter Kennzahl M. 1,40.

Anzeigen die dreigesparte Zeitzeile oder deren Raum M. 4.— Postkatalog-Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Böllvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Beiträge zur Bagabundenfrage. Ein politischer Zettel: Hamburg — Wirtschaftlich-soziale Kündnisse. Arbeitsschlaf und Militärverpflegung. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Eine Mahnung an Baugewerbstäler. — Situationsberichte. — Eingesandt. — Gerichts-Chronik. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefstellen.

## Beiträge zur „Bagabundenfrage“.

Ach, welch Glück, ein Deutscher zu sein! War, als patriotisches Mitglied der Kunst der Gatten kann man's schon aushalten. Als Angehöriger der sogenannten „gebildeten“ Klassen und glücklicher Besitzer „lebendiger Mammon“ lässt sich's als Deutscher im Reich der Gottessucht und frommen Sitten schon ganz gut leben. Aber wehe, wenn der Deutsche ein armer Arbeiter ist! Sein Deutschtum nutzt ihm nichts, wenn er auf seinen Streifzügen nach Arbeit in's gelobte Schwabenland kommt und da die Hülfe einer sogenannten „Arbeiterkolonie“ in Anspruch nehmen will. Die bürgerliche Presse weist sich des Lobes über diese Einrichtungen „praktischen Christentums“ kein Platz. Denngemäß zeigt die „Schwobbaudagwacht“, wie es mit dem „praktischen Christentum“ der Arbeiterkolonien in Wahrheit steht. Wanderte doch jüngst in Niedersachsen ein Arbeiter durch, sich nach Arbeit um sehndend. Zur Verpflegung, doch es ihm wirklich ernst war, Arbeit zu finden, nachdem er bereits 7 Wochen außer Arbeit war, wandte er sich an die Arbeiterkolonie Erlach; er wurde aber abgewiesen, indem man ihm folgendes Schreiben mit auf den Weg gab:

„Dem Joh. Ab. Steinbach von Montabaur bei Wiesbaden wird bestätigt, daß seinem Ansuchen um Aufnahme in die unterzeichnete Arbeiterkolonie, weil nicht Württemberger, nicht entsprochen werden konnte.“

Der Mann, der im Jahre 1847 geboren, hatte überall vergebens um Arbeit angefragt und war Dutzende Male von christlichen und unchristlichen Arbeitgebern barsch abgewiesen worden mit dem Bedenken: „Sie sind viel zu alt, wir können genug junge, fröhliche Leute haben!“ Um nun nicht auf der Landstraße umzukommen, machte er den Verlust, in einer „christlichen Arbeiterkolonie“ vorübergehend Aufnahme zu finden, um auch hier abgewiesen zu werden!

Begrüßlicherweise hat der bald 50jährige Mann durch diesen Beweis „praktischen Christentums“ einen außerordentlich hohen Ansehen an „patriotischem Bewußtsein“ wie an „christlichem Sinn“ erhalten. Er schwört begeistert darauf, daß das deutsche Reich an der Spitze der Sozialreform marschiert und daß die bösen Sozis lügen, wenn sie behaupten, es gäbe so viel Elend unter den Arbeitern.

Ein anderes Bild. Kam da, wie die Berliner „Weltzeitung“ mitteilte, jüngst ein Handwerkergeselle, der vorschreismäßig ausgelernt, mit ordnungsmäßigen Papieren versehen eines schönen Tages nach der Hauptstadt. Nach altem Brauche zu Fuß; denn der Verkehrsungstarif unserer Eisenbahnbahnen verhindert die „Eisenbahn-Bagabunden“. In Berlin geriet er auf den naheliegenden Eingang, die Zuwartskommission und die Ortskennthüll der Polizei anzurufen. Er fragte nach einer Herberge. In der That, da kam er vor die rechte Schmiede. Der Auskunft erreichende Beamte verwies ihn — nach Spandau. Nach Spandau? Ja, so war's. Der Weg war weit. Abend war es auch bereit; allein der Beamte dachte wohl, die Spandauer Herberge wäre die nächste im zweimeligen

Umlande von Berlin. Der Provinziale aber unternahm es, sich munter bis Spandau durchzufragen. Allein müßige Geister belehrten ihn, daß es auch in der Reichshauptstadt Arbeitsgelegenheit und vorerst ein unentgeltliches Obdach gebe und wiesen ihm den Weg dahin.

Wir wollen den armen Burschen nicht auf all seinen Kreuz- und Querzügen behufs Verwertung seiner Arbeitskraft begleiten. Genug, nach Ablauf weniger Tage hatte er das in heutiger Zeit erstaunliche Glück, an zwei Stellen Arbeit zu finden. Da er durch einen Börner — er hatte sich denselben auf seiner unfreiwilligen Tour nach Spandau erworben — beschaffte Arbeit lohnender und zugleich von Dauer war, sagte er die andere auf, wurde engagiert und sollte am anderen Tage fröhlich seine gut bezahlte Arbeit beginnen. In ganz Berlin gab es an diesem Tage wohl keinen Glücklicheren als den arbeitslustigen Provinzialen. Zum letzten Male wandte sich heute der junge Mann dem Asyl zu. Für ihn war ja von morgen ab gesorgt! Aber es kam anders.

Nach zwei Tagen erhielt der Börner des besagten Gesellen einen Brief von dem Pfarrer der Königlichen Haushauptvogtei. Zum ungemeinen Erstaunen des Briefempfängers wurde in dem Schreiben Mitteilung davon gemacht, daß der Bursche beim Heraustreten aus dem Asyl verhaftet worden sei und zwar wegen Obdachlosigkeit. Gleichzeitig fragte der Seelsorger an, ob die Verbindung des Burschen, daß er in einer von ihm bezeichneten Fabrik Stellung gefunden, auf Wahrheit beruhe. In umgedrehter Verantwortung wurde dem Herren dies bestätigt und gleichzeitig der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß nicht bei dem Fabrikbesitzer selbst amtlich — nicht in privater Geselligkeit wie hier — die Obdachlosigkeit angefragt worden sei. Auf Anfrage des Börners unseres Provinzials wurde ihm von dem Fabrikbesitzer bzw. dessen Bevollmächtigten mitgetheilt, daß eine solche Anfrage nicht an die Fabrik gelangt sei, und weiter, daß die Stelle, welche dem Burschen zugesichert war, anderweitig besetzt sei.

Man erkennt hieraus die oft verkannte Leistungsfähigkeit der Polizei in sozialpolitischer Beziehung. Man denkt ein vollständig unbescholtener junger Mann, dessen Ausweispapiere in bester Ordnung sind, der nachweislich Verwertung seines einzigen Besitzes, seiner Arbeitskraft, gesucht und die Gelegenheit dazu gefunden hat, wird daran verhindert, gut entlohnte Arbeit auszufüllen. Und dieser junge Mensch wird weiter bloss — fünfzehn Tage in Untersuchungshaft gehalten und wird, damit der Sache der Humor nicht fehle, angeklagt wegen — Arbeitsscheu!

So geschehen im preußischen Polizei- und „Rechtsstaat“, der da an der Spitze der „Sozialreform“ marschiert, im Jahre des Heils 1894! Die Polizeiorgane dieses Staates sollen bekanntlich auch die Aufgabe haben, die „Bagabunden“ zu bekämpfen, und kommen, satte Mitglieder der „Besseren“ Gesellschaft helfen ihr dabei. Aber wie! Das lehnen außer den hier mitgetheilten Fällen noch zahllose andere. Man hat in den sogenannten maßgebenden und „gebildeten“ Kreisen offenbar kein Verständniß für die Arbeitslosen- und Bagabundenfrage. Nur selten bricht da einmal die Erkenntnis durch. So erklärte vor einiger Zeit auf dem westfälischen Städtestage der Bürgermeister von Bielefeld:

„Es ist eine verfehlte Anschauung, als ob die mittellosen Wanderer vorwiegend aus

Bagabunden und arbeitschneuem Gesichter beständen; zweifellos treibt sich arbeitsfähiges Volk umher, aber daß dasselbe 80 % ist, der Arbeitslosen beträgt, glaube ich nicht.“ Selbst, wenn nur die Hälfte, nur ein Drittel und noch weniger (?) der Wandernden zu Denen gehöre, die ihre Arbeit bekommen könnten, so sei das schon schlimm genug.

Der Bielefelder Bürgermeister machte aus den Neuerlebnissen eines Predigtamtlandboden Namens Wangemann folgende Mitteilungen:

„Um die Lage der wirtschaftlich Schwäbischen des Volkes, der wandernd nach Beschäftigung suchenden Arbeitslosen auch aus eigener Erfahrung lernen zu können, nachdem ich mich aus Büchern über die einschlägigen Fragen unterrichtet hatte, begab ich mich Mitte April dieses Jahres auf die Wanderschaft. Ich wählte den Beruf eines technisch nicht gebildeten Arbeiters, eines Mannes, der weiter nichts als gefüllte Eßbretter, starke Knochen und den ehrlichen Willen hat, sich ohne zu betteln durch die Welt zu schlagen. Die materielle Bereitstellung hierzu fand ich in den umfangreichen Arbeiterlosungen der Montan- und Eisenindustrie während des letzten Winters. Durch ein polizeilich beglaubigtes Arbeitzeugnis einer Bielefelder Maschinenfabrik verschaffte ich mir vorher die Berechtigung, mich als Handarbeiter auszugeben. Ich brachte vier Wochen arbeitsuchend auf der Landstraße zu und lernte die Verhältnisse Nord-Westfalen und Nord-Rheinlands kennen. Besonders viel Zeit widmete ich dem rheinisch-westfälischen Gebiet. Ich habe während dieser vier Wochen überall auf Bürgern, Meistereien, Läden, Polizeibureaus, Arbeitsnachweisenstellen, auf den Herbergen zur Heimat und der Verpflegungsstationen, auf Beeten und jeder Art von Fabriken um Arbeit angefragt, mich zu jeder Arbeit angeboten (ich war bereit, selbst Kloaten auszuräumen) und habe nirgends auch nur für 24 Stunden Arbeit bekommen.“

Sa, das Klingt freilich anders als die fröhlichen Tiraden der Gründer unserer Arbeiterkolonien, Verpflegungsstationen und Herbergen. Aber es kommt noch schöner! Die herrschende „Ordnung“ in ihrer ganzen Herrlichkeit und Pracht wird gekennzeichnet durch ein Gänzerlebnis, das Wangemann folgendermaßen erzählt:

„Nach der durchaus genügenden Mittagsverpflegung in der N.N.-Herberge, wanderte ich am 10. Mai nach N.N., wo ich in einer der zahlreichen Fabriken endlich Arbeit zu finden hoffte. Trotz des N.N.-Stempels verweigerte mir der Hausvater N.N. die Verpflegung; aus welchem Grunde, ist mir nicht ganz klar geworden, doch vermuthe ich, daß seitens der Behörde ein Druck auf ihn ausgeübt wird in der Richtung der Sparsamkeit, und er wohl die Weisung hat, nur die Bedürftigsten aufzunehmen — möglich, daß er der allerdings irrgen Meinung war, ein Handarbeiter könne jetzt überall Arbeit bekommen. — Ich trat mit zwei Anderen zusammen an die Theke, von denen der Eine soeben aus der Lehre entlassen war. Er erhält Verpflegung. Der Zweite bittet darum. „Was sind Sie?“ „Zimmermann.“ — „Giebt's nichts!“ Darauf zu mir: „Was sind Sie?“ — „Fabrikarbeiter.“ „Giebt's nichts!“ — „Ja, was soll ich denn machen?“ „Wenden Sie sich an den Arbeitsnachweis N.N.“ Ich suchte das betreffende Bureau auf, bitte um Arbeit und wurde abgewiesen. (Ich habe die ganze

vier Wochen hindurch überall, bei Behörden und Privaten, auf den Herbergen und in den Fabriken, um Arbeit angefragt und nicht ein einziges Mal Arbeit bekommen.) Ich ging jetzt nach dem Rathaus, um mich bei dem Bürgermeister N. N. zu melden und mich über die Abweisung aus der Station zu beschweren bezw. mich zu erkundigen, ob der Haussvater berechtigt sei, um Verpflegung Bittende ohne jeden Grund einfach abzuweisen. Ich traf diesen Herrn, welcher viel Interesse für das Stationswesen hatte, nicht, da er gerade eine Sitzung hatte und wendete mich in Folge dessen an die Polizei, zunächst mit der Anfrage, ob man mir von hier aus Arbeit verschaffen könnte. Der betreffende Wachtmeister erklärte, mir nicht helfen zu können und schickte mich an den Wohltätigkeitsverein, denselben, welcher auch den Arbeitsnachweis in's Leben gerufen hatte. Ich ging dahin und wurde, mich jetzt mittel- und obdachlos meldend, abgewiesen mit der Begründung, daß die Polizei für meine Verpflegung Sorge zu tragen habe, wenn keine Arbeitsgelegenheit vorhanden sei. Zum zweiten Male auf dem Polizeibureau mich meldend, wurde ich zum zweiten Male abgewiesen: „Ich sollte mich an die Armenpflege wenden.“ Auf dem Bureau für Armenpflege wurde ich alsbald in großer Weise hinausgeworfen mit der Weisung, mich an den Wohltätigkeitsverein zu wenden. Ich verzichtete indessen darauf, zum dritten Male auf diesem Bureau zu bitten, und ging nach der Herberge zurück, um auch hier noch einmal den Versuch zu machen, der mir ebenfalls misslang. So hatte ich mich denn sieben Mal abweisen lassen und gab jetzt den Versuch auf, bis zum anderen Tage einen anständigen Unterhalt zu finden. Da ich seit Mittag nichts gegessen hatte und es mittlerweise 8 Uhr geworden war, war ich ebenso hungrig, wie vor der Wanderung und von dem Hin und Her geschütteten müde; außerdem hatte ich durchgelaufene Füße und war geistig durch die vielen kleinen Demütigungen, die ich, wie ich fühlte, nicht verdient hatte, sehr deprimirt. Ich hatte das instinktive Gefühl, daß ein Stück Brot mir die allerbesten Dienste leisten würde. Ich stand vor der Alternative, entweder zuketteln oder zu stehlen, welche Vorgehen ich plötzlich unter einem ganz neuen Gesichtswinkel betrachtete. Ich hatte indes zu dem einen so wenig Neigung wie zu dem anderen, sah auch, daß auf den Straßen der Stadt besonders viele Polizeibeamte aufgestellt waren und daß ich beim Betteln Gefahr lief, arrested zu werden. Außerdem wünschte ich, mich einmal in die Lage eines Arbeitslosen zu versetzen, welcher noch zu viel Selbstachtung zum Betteln hat und erst durch unüberwindlichen Hunger zu dem ersten schweren Schritt getrieben wird, dem die anderen leichteren dann desto schneller folgen, nachdem er geschehen hat, wie einstellig das Geschäft ist. Ich war aber empört über Zustände, welche einen ehrlichen Arbeitslosen zum Betteln geradezu zu zwingen schienen.“

Was sagen unsere „Ordnungsmenschen“ zu diesen herlichen Zuständen? Und dabei muß man bedenken, daß hier ein Mann um Arbeit kämpfte, der einen Vorwurf von körperlicher und geistiger Kraft noch aus seiner gutbürgerlichen Existenz mitbrachte, der noch nicht durch jahrelange Ausnutzung und Demütigung in Fabriken und Werkstätten ausgemergelt war, dem also noch eine gewisse mutige Widerstandskraft innerwohnte, welche Arbeitern von Beruf in solcher Lage fehlen muß. Werden die Pharisäer, welche die Hände über die „Sittenlosigkeit“ und „Arbeitslosigkeit“ des Volkes zusammenzuschlagen pflegen, jetzt in ihren eigenen Busen greifen?

### Ein politischer Tendenz-Humbug

Es ist, wenn wie es seit dem sozialdemokratischen Parteitag in Schön anlässlich der Debatten über die Gewerkschaftsbewegung öfter geschehen ist, die bürgerliche Presse versucht, diese Bewegung gegen die sozialdemokratische Partei auszupielen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen ihre in der politischen Organisation stehenden Genossen aufzuheben. Auch der österreichische Gewerkschaftskongress hat der gegnerischen Presse Anlaß zu solchen Versuchen gegeben. So schrieb die „Kreuz-Zeitung“ Folgendes:

„Es herrschte auf dem ersten österreichischen Gewerkschaftskongress diejenige Richtung vor, welche in erster Weise und mit Zurückdrängung des reinpolitisch-agitorischen Momentes eine Hebung der materiellen Lage der Arbeiter anstrebt. Darum wurden auch politische Fragen verhältnismäßig wenig berührt und die Vermengung des wirtschaftlichen mit dem politischen

Kampfe verhorresiert. Als die Frage des Generalstreiks im Zusammenhang mit der des allgemeinen Wahlrechts zur Erörterung gelangte, da wurde eine solche Kombination entschieden verwirkt. Wenn schon ein Generalstreik infiziert werde, dann müsse er für die Erlangung des Achtstundentages, nicht dazu veranlaßt werden, daß für ein paar ehrgeizige Führer Parlamentssitze erobert werden. Das war unausgesprochen und zum Theil auch ausdrücklich betont die auf dem Gewerkschaftskongress herrschende Stimmung; und es unterschied sich diese Versammlung vortheilhaft von anderen sozialdemokratischen Parteitagen schon dadurch, daß zumeist gereift, von sittlichem Ernst getragene Männer und witzliche Arbeiter und nicht einige professionsmäßige Agitatoren mit einem Alles terrorisirenden Haufen junger und egalitärer Burschen den Ausschlag gaben. Auch von der bei sozialdemokratischen Parteitagen sonst fast jedesmal beliebten Großsprecherei und Überreibung des Partei-einschlusses war diesmal nichts zu spüren.“

Mit treffendem Sarkasmus bemerkte hierzu der „Vornärts“: daß die tiefstinnigen Kenner der internen Verhältnisse der Sozialdemokratie ihre Entdeckung, daß ein Gewerkschaftskongress politische Fragen höchstens streift, niemals aber als Selbstverständlichkeit behandeln kann, nicht anberhalb der Reichsgrenzen zu machen gebraucht hätten, denn auch in Deutschland finden alljährlich Dutzende von Arbeiterkongressen statt, die politische Fragen nicht behandeln.

Wenn freilich die „Kreuz-Zeitung“ meint, daß es andere Leute sind, welche auf den Gewerkschaftskongressen erscheinen und welche die politische Hauptarbeit für die Arbeiterklasse verrichten, so wird sie von ihrem Gedächtnis verläßt. Der von der „Kreuz-Zeitung“ so gerühmte Höger war Kandidat der sozialdemokratischen Partei bei den letzten österreichischen Reichstagswahlen, ebenso wie die Legionen, v. Elm, Selosz u. c., die ohne ihre Schul von der Bourgeoisie als brave Arbeiterführer empfohlenen Männer, Kandidaten bei den letzten Reichstagswahlen waren. Würde die „Kreuz-Zeitung“ gut berichtet sein, so würde sie auch die österreichischen Genossen über und Ellenbogen nicht in Gegensatz zur gewerkschaftlichen Bewegung stellen, denn sie müßte wissen, daß diese sich stets derselben mit Vorträgen und literarischen Beiträgen zur Verfügung gestellt hatten. Kurz gesagt, es sind im Wesentlichen in Deutschland wie in Österreich dieselben Kräfte, welche in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung thätig sind. Freilich, die Berathungsgegenstände und damit der Ton der Debatten ist bei beiden nicht der gleiche. Dies ist aber selbstverständlich, gerade das Gegenteil wäre auffällig. Ebenso wenig wie die „Kreuz-Zeitung“ den gleichen Ton anschlägt, wenn sie den Gegnern die Gertebeile auseinanderstellt oder sich mit einer ihr nicht passenden literarischen Erscheinung befähigt, ebenso wenig werden die Arbeiter das gleiche Register aufziehen, wenn sie den Kapitalismus und Militarismus bekämpfen oder wenn sie über die beste Form der Reiseunterstützung und über das Vertrauensmänner-System in Fabriken debattieren.

Besstände wirklich ein Gegensatz zwischen den gewerkschaftlich oder politisch organisierten Arbeitern Österreichs, so würde doch der Antrag des nach der

„Kreuz-Zeitung“ so ehrgeizigen und mandatslistischen Dr. Adler, die Entscheidung über den Generalstreik dem im Februar tagenden sozialdemokratischen Parteitag zu überlassen, nicht debattiert angesehen werden.

Die (die Gewerkschaftsbewegung) gewährt aber

auch allen anderen Staats- und Gesellschaftsfaktoren

viel eher die Möglichkeit zu einer ehrlichen Aus-

einanderstellung mit den Arbeitern, als die rein

politische Richtung, deren Haupttendenz auf den Um-

sturz alles Bestehenden gerichtet ist und von irgend

welcher Transaktion auf Grund der heutigen Staats-

und Gesellschaftsordnung nichts wissen will.

Aber noch eine andere nicht zu unterschätzende Bedeutung hat die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft für die großen, sozialen Kämpfe, denen wir entgegengehen, ja, in denen wir uns mitten drin befinden. Sie führt, so paradox dies auf den ersten Augenblick erscheinen mag, zu einem allmäßigen Aufgeben des „Klassenmäßigen Proletarien-Standpunktes“. Bei einer entsprechenden Ausdehnung derselben wird und muß sie namentlich in den Kreisen der mittleren und kleineren Produktion zu einer Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen, da vielfach eine Unterschlagsleichtheit dieser im Wirtschaftskampfe sich herausstellen wird.

Dadurch wird aber ein mäßigender Einfluß auf die Arbeiter sich geltend machen und andererseits die Annahme einer ersten und durchgreifenden Sozialreform gegenüber der Herrschaft und den Exzessen namentlich des mobilen Großkapitals mächtig gefordert werden.“

Damit beweist die „Kreuz-Zeitung“ nur, daß sie von der Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung, von dem Geiste, der unter den deutschen und österreichischen Arbeitern herrscht (mögen sie nun gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein), nichts kennt. Nicht zur Verbühnung treibt die kapitalistische Entwicklung, sondern zu immer schärferer Entzweiung; nicht ein allmäßiges Aufgeben des „Klassenmäßigen Proletarien-Standpunktes“ geht vor sich, sondern eine steife Festigung und Ausdehnung derselben. Die von der Bourgeoisie so sehr gewünschte „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, mit welcher man der selbständigen Arbeiterbewegung Herr zu werden hofft, ist ein Ding der absoluten Unmöglichkeit. In demselben Maße, wie der Kapitalismus sich ausgestaltet, wird der Kampf zwischen Kapital und Arbeit zunehmen und heiterer werden.

Dem oberflächlichen Beurtheiler unserer Arbeiterverhältnisse mag allerdings die Gewerkschaftsbewegung als der harmloseste Theil der allgemeinen Arbeiterbewegung erscheinen; denn die politische Arbeiterbewegung ist naturgemäß revolutionär, sie strebt die vollständige Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung an, die Befreiung der Kapitalherrschaft, des Privateigentums an den Produktionsmitteln; ihr endgültiger Sieg fällt mit dem Untergange des heutigen Systems zusammen. Anders liegt die Sache bei der gewerkschaftlichen Bewegung. Alle Forderungen, die diese aufstellt, können innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung erfüllt werden, ohne daß dieselbe eine grundfähige Änderung erfährt. Die Gewerkschaften können, ihrem Wesen entsprechend, nur solche Forderungen erheben, die heute erfüllbar sind. Aber weit gefehlt wäre es, daraus die Annahme herzuleiten, daß die Bewilligung der Forderungen der gewerkschaftlichen Organisation die Arbeiter frömm“, „zähm“ und „zufrieden“ machen werde. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter streben ganz das Gleiche an wie die politisch organisierten; sie sind auch fast alle Mitglieder der politischen Organisation, Angehörige der sozialdemokratischen Partei, wie andererseits auch die Mehrzahl der in der politischen Vereinigung stehenden Genossen der gewerkschaftlichen Organisation angehören. Weiß man denn in der „Kreuz-Zeitung“ nicht, daß die meisten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten auch an der Spitze gewerkschaftlicher Organisationen stehen? Es hat sich niemals, weder in Deutschland noch in Österreich, um die Frage gehandelt, gewerkschaftliche oder politische Arbeiterbewegung, sondern es hat nur geheißen, gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung. Wer die Protokolle unserer Parteitage von Halle, Erfurt und Köln ohne Vorurtheil studirt hat, wird dies wissen.

Wenn bürgerliche Blätter die gewerkschaftliche Bewegung gegen die politisch auspielen und der exteren in dummer und plumper Weise schmeicheln, so ist daran zu erinnern, daß diese selbe Presse seit Jahren im Bunde mit dem Unternehmerthum der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation womöglich noch brutaler, rücksichtsloser und fanatischer bekämpft hat, als die politische. Die bürgerlichen Organe haben die Unterdrückung der Gewerkschaften gefordert und die öffentlichen Gewalten gegen sie ausgeholt. Man denkt an den Puttkamer'schen Streiterkampf, an die polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen der gewerkschaftlichen Organisationen; an das gegen dieselben gerichtete System der schwarzen Pisten xc. xc.

Und jetzt plötzlich sollen die gewerkschaftlichen Organisationen nach der Ansicht der bürgerlichen Presse den Verlust haben, Unternehmer und Arbeiter zu „verlösen“. Es ist zum Lachen. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ meint, daß die gewerkschaftliche Bewegung bei einer entsprechenden Ausdehnung „zu einer Annäherung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, namentlich in den Kreisen der mittleren und kleineren Produktion, führen wird und muß“, so ist das naiv und ein Beweis ihres vollständigen Mißverständens der wirtschaftlichen Entwicklung im Zeitalter der der Spalte zutreibenden Allumstaltung.

In dieser Auseinandersetzung ist nur das Eine richtig, daß die Konzentration der Kapitalien, oder sagen wir kurz, der Kapitalismus mit seinem Großbetrieb die „Arbeitgeber“ in den Kleinbetrieben, das heißt die Kleinmeister und Kleinfabrikanten, den Arbeitern, d. i. Proletariern, näher bringt; das hat aber mit der gewerkschaftlichen Organisation nichts zu thun und zeigt sich auch da, wo noch nicht die Kleinsten

Ansänge einer solchen vorhanden sind — es ist die einfache und natürliche Folge der Thatssache, daß die Kleinmeister und Kleinstabanten durch das Großkapital zu Proletariern gemacht, also den Arbeitern nicht bloß „näher“ gebracht, sondern ganz, gleichgestellt und mit ihnen unter derselben Walze zerquetscht werden. Das ist allerdings eine „Interessengleichheit“. Die „Interessengleichheit“ führt aber nicht, wie die „Kreuz-Zeitung“ in donquixotischem Utopismus vermeint, zur Hebung des „Mittelstandes“, sondern ergiebt sich umgedreht aus deren Vernichtung, und führt zum Sieg des Sozialismus über die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Ahnlich spricht auch das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ sich aus:

„Dasselbe Ziel erstreben die Gewerkschaften wie die Partei, und daß beide nicht offen dieses Ziel erlämpfen können, daß beide Bewegungen nicht öffentlich einheitlicher ineinander greifen, ist nicht Schuld der politisch kämpfenden oder der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sondern die Schuld tragen die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft und die regierenden Kreise. Durch die Zwangsjade einer realistischen Vereinsgesetzgebung glaubt man in jenen Kreisen die Arbeiterbewegung hemmen zu können. Aber man zwingt dadurch die nach Befreiung von der Lohnsklaverei ringenden Arbeiter nur dazu, ihre Kampfweise zu ändern und durch die Errichtung von zwei nebeneinander arbeitenden Organisationen den Kampf nur intensiver zu gestalten. Wenn dieser Zwang der Vereinsgesetzgebung nicht wäre, dann würden unsere Gegner alle Ursache haben, die Gewerkschaften auch auf anderem Gebiete zu fürchten, als auf dem gewerkschaftlichen Kampfes. Allerdings, die Gewerkschaften würden nicht nach dem Rezepte der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, die ihre Mitglieder verpflichten, nicht der sozialdemokratischen Partei anzugehören, verfahren. Sie würden nicht von ihren Mitgliedern oder den Neubetretenen verlangen, daß sie Sozialdemokraten sein müssen. Aber zweifellos würden die Mitglieder, mehr noch wie dies schon heute der Fall ist, in nicht allzu langer Zeit zu dem Klassenbewußtsein und damit zur politischen Bewegung, zur Sozialdemokratie kommen. Die Gewerkschaften würden mit ihren Lehren und besonders mit den Streiks, ob diese erfolgreich oder erfolglos sind, dem Arbeiter, der davon glauben sollte, mit der Gewerkschaftsbewegung ohne die Erringung der politischen Macht eine gleichberechtigte Stellung im Leben erreichen zu können, gar bald das Klassendenkmal abdrücken. Unter den heutigen Verhältnissen, wo Polizei und Staatsanwalt darauf lauern, die gewerkschaftlichen, zentralistischen Arbeiterorganisationen für politische Vereine zu erklären und dann aufzulösen, heute müssen die Gewerkschaften in dem engen, von den Vereinsgesetzgebung gezogenen Rahmen sich bewegen.“

„Die Hoffnung, durch die Gewerkschaftsbewegung, eine Abschwächung des Klassencharakters der Arbeiterbewegung eintreten zu sehen, ist eine völlig eile. Im Gegenteil, der immerwährende Kampf um die nothdürftige Lebenshaltung verschärft die Gegenfälle zwischen Kapital und Arbeit und bringt den Klassencharakter unserer Gesellschaftsorganisation offenkundiger zum Ausdruck. Und den Kampf auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet, wie dies bisher geschehen ist, zu einem Klassenkampf zu gestalten und dadurch die Gewerkschaften zu einem für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung durch die Lohnarbeit mitleidenden Faktor zu machen, das wird das Bestreben aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nach wie vor sein, und unsere Gegner werden sich über die Tragweite der gewerkschaftlichen Bewegung täuschen.“

### Wirthschaftlich-politische Rundschau.

\* Die diesjährige Generalversammlung der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Eltern und anderer gewerblicher Arbeiter (G. & H. Nr. 3), welche in Hannover tagte, beschloß mit 87 gegen 86 Stimmen, ihre bisherige Form dem § 76 des Krankenfassengesetzes entsprechend, aufzukündigen. Der Titel der Kasse wurde beibehalten mit dem Zusätze „mit Ausnahme aller Berg- und Land- resp. Erdarbeiter“. In Betracht der fortan zu gewährten Leistungen der Kasse nahm die Versammlung mit 47 gegen 26 Stimmen die vor der zu diesem Zwecke gewählten Finanzkommission gestellten Anträge an, welche eine Stala von 1 zu 25 festsetzen, sowie die Streichung des erhöhten Krankengeldes für die doppelte Versicherten; ferner wird freier Arzt und Apotheke nur für die ersten 18 Wochen gewährt, während das volle Krankengeld für die ersten 20 Wochen geltet und für die folgenden 26 Wochen nur zur Hälfte gewährt wird. Die bisherigen Beiträge werden beibehalten. Ferner wurde die Altersgrenze für Dienstjungen, welche in eine höhere Klasse eintreten wollen, von 45 Jahren auf 50 Jahre erhöht. Bezahlendes Alter ist noch ein Antrag von Buchwald-Stettin, wonach denjenigen Frauen Mitgliedern, welche keine Angehörigen haben, und die gezwungen sind, sich in einem Krankenhaus befehlen zu lassen, der etwaige Überstaus, wenn die Vergütungslosen nicht die Höhe des zu zahlenden Krankengeldes erreichen,

so daß auf sie ausbezahlt werden muß. Zu Konsequenz dieses Antrages stellte der Vorstand den Antrag, auch Denjenigen, die aus einem Krankenhaus entlassen, wo kein Überstaus gewesen ist, pro Woche 1½ zu zahlen. Auch dieser Antrag stand Einnahme. Nachdem dann die Vorstandswahlen stattgefunden hatten, wurde als Sitz des Ausschusses München bestimmt.

### Arbeiterbudget und Militärverpflegung.

Schon so oft haben wir darüber hingewiesen, daß die Arbeiter selbst sich bewähren müssen, den herrschenden Klassen den Nachweis zu erbringen, wie erbärmlich die Verhältnisse der Arbeiter im Allgemeinen sind. Dazu ist nichts so geeignet, als die Aufstellung von Arbeiterbudgets. Der Arbeiter sollte seine Ausgaben und Einnahmen genau buchen, um am Schlusse des Jahres das Faß zu ziehen zu können. Es ist notwendig, daß diese Mahnung immer mehr in Arbeiterekreisen beherzt wird.

Ein Tagelöhner, welcher zwei Jahre lang in einer Elternsiedlung in Nürnberg gearbeitet hat, stellt der „Münchner Brot“ seine Aufzeichnungen zur Verfügung.

	Der Mann arbeitete und verdiente sich 1893 im:	M. 665,19
Januar	185½	Gib. à 28 A = M. 41,61
Februar	228½	= 52,10
März	240	= 55,20
April	202½	= 46,68
Mai	293	= 67,89
Juni	240	= 56,40
Juli	297	= 69,78
August	240	= 56,40
September	242	= 66,87
Oktober	306½	= 72,08
November	236	= 55,46
Dezember	107½	= 25,82

2816½ Gib. M. 665,19

	Im November und Dezember mußte der Mann einige Male auslegen, verdiente aber beim Steinlager M. 14,50 und hatte einen Jahresbedienst von M. 689,69. Hierzu gehen ab für Kranken-, Alters-, und Invalidenversicherung M. 14,56, für Witze M. 90, verbleiben M. 665,18 über in 885 Theile pro Tag M. 1,50 zur Befreiung sämlicher Lebensbedürfnisse für einen Mann, Frau und zwei kleine Kinder. Die Frau hatte keinen Dienst, weshalb das Budget für den Kopf der Familie pro Tag und Kopf 88 A betrug. Ein ½ Jahre altes Kind stark, was eine Extra-Ausgabe von etwa M. 15 verursachte.
Januar	192 Gib. à 23½ A = M. 45,12
Februar	232 " 23½ = 54,52
März	240 " 23½ = 55,40
April	277½ " 23½ = 66,27
Mai	207½ " 23½ = 48,82
Juni	175 " 22½ = 41,22
Juli	80 " 26 = 7,80
August	239 " 26 = 62,14
September	120 " 26 = 66,70
Oktober	142 " 25 = 48,75
November	195 " 25 = 50,50
Dezember	104 " 25 = 26

2348½ Gib. M. 672,14

Für Witze zahlte der Mann 1893 nur noch M. 80, für Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung M. 15,80, so daß eine Jahresleistung von M. 497,54 verbleibt oben in 885 Theile pro Tag M. 1,85 über pro Kopf und Tag 84 A. Von dieser Summe soll nur Nahrung, Kleidung, Bettung, Steuer usw. bezahlt werden. Für eine Bettung, ein Bude wird kaum etwas übrig bleiben. Bildt dann ein unvorhergesehener Unglücksfall über die Arbeitersammlung herein, eine Krankheit, ein Todestall, wird der Mann arbeitslos, dann tritt an Stelle des langen Samens Verhungerns die akute Hungersnot, und zwar kommt der Tod am Ende der Arbeitslosigkeit an, denn der Verdienst hat immer nur gerade Hingerichtet, den Hunger zu stillen. Aber selbst, wenn der Mann weiter in Arbeit bleibt, so bedeutet das Leben der Arbeiter doch weiter nichts als ein Begeitern. Wie das alte Jahr beginnt, so beginnt sie das neue, aus einem Jahre hängen sie sich hinter in das andere. Das sind die Ausführungen eines heutigen Wohnslaven.

Sehen wir nun einmal die Vergütung für die Naturalerverpflegung der bewaffneten Macht an. Der „Reichsangehörige“ veröffentlichte kürzlich folgende diesbezügliche Bekanntmachung:

Auf Grund der Vorrichtungen im § 9. Absatz 2 des Gesetzes über die Naturalerverpflegungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 18. Februar 1875 (Reichs-Gesetzblatt S. 82) ist der Betrag der für die Naturalerverpflegung zu gewährnden Vergütung für das Jahr 1894 dahin festgesetzt worden, daß an Vergütung für Mann und Tag zu gewähren ist:

	mit Brot	ohne Brot
a) für die volle Tagesloft	80 A	65 A
b) für die Mittagsloft	40	35
c) für die Abendloft	25	20
d) für die Morgentoßt	15	10

Also für die volle Tagesloft eines Soldaten sieht die Regierung als Vergütung 80 A fest. Sicher hat sie damit nur den allernotwendigsten Satz stipuliert. Redet man nach denselben Sätzen das Budget einer Arbeitersfamilie von Vater Mutter und drei Kindern (setzte für zwei erwachsene Personen gerechnet), so braucht dieselbe, um wie der Soldat, den dringendsten Ansprüchen an's Leben zu genügen, viermal 80 A = M. 320 täglich oder M. 2240 wöchentlich. Die Masse der Arbeiter hat aber kaum einen Wohn in dieser Höhe. Von M. 18 bis M. 25 wöchentlich muß der Arbeiter nicht nur sich und seine Familie ernähren, sondern auch Kleidung und Wohnung für dieselbe, Schulgebühren für die Kinder, Steuern an Staat und Gemeinde, Verpflichtungen usw. bestreiten.

Ein Arbeiter, welcher sich und seine Familie nach Maßgabe der militärischen Naturalerverpflegung ernähren und dabei noch die nötigen Ausgaben bestreiten wollte, müßte ein Jahreseinkommen von mindestens M. 2500 haben. Eine 909 A. oder Arbeiter in Deutschland haben aber nicht mehr wie M. 600 bis M. 900 Jahresentommen. Und doch müßte er, um nur zu leben, wie der die Naturalerverpflegung geniehende Soldat, jährlich mindestens M. 1200 ausgeben. Als giebt sein Jahreseinkommen erheblich weit unter dem Allernotwendigsten nicht die Höhe des zu zahlenden Krankengeldes erreichen,

Eigentum in der allerbeschwerdesten Weise zu tragen. Außerdem ganz abgesehen davon, daß er häufig wochen- und monatelang arbeitslos ist und gar kein Einkommen hat, mußte eine „Capitalprofit“ einheimende Sippe von „Ordnungs-politikern“ ihm zu noch zu sparen. Und diese Sippe, welche sich niemals genug tragen kann, ist so frech, die Arbeiter, wenn sie eine Erhöhung ihres Arbeitseinkommens ansieben, als „unverschäm“ zu bezeichnen!

### Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

\* Über die Verwendung von Gefangeneng zu Bauarbeiten hatte sich das Bielefelder Gewerkschaftsrat bei der dortigen Staatsanwaltschaft beschwert. In der vor kurzem eingehenden Antwort des Ersten Staatsanwalts wird angegeben, daß Strafgefangene zu Außenarbeiten zwar verwandt werden sollen, daß die Zahl derer aber eine so geringe gewesen sei, daß von einer „überbordeten Konkurrenz“ der freien Arbeiter wohl kaum die Rede sein könne. Im Weiteren erucht der Staatsanwalt das Gewerkschaftsrat, ihm beziehentlich der Gefangenenvorwaltung Mitteilung zugehen zu lassen, ob und welche Arbeiten vorhanden seien, die event. gar keine Arbeiter bearbeiteten. — Wieder die Gefangenenvorwaltung, die ihnen unterstellten Strafgefangenen nicht zwingen, dem Unternehmer für einen Hungertod zu frohlocken und so die freien Arbeiter zu schädigen, dann würde die Gefangenenvorwaltung bald auf ein vernünftiges Maß beschränkt bleiben und es wäre ihr auch die schädigende Tendenz genommen.

\* Die Bielefelder Steinmeister, gleich ihren Berufskollegen, mit den Meistern in Unterhandlung getreten, um die neufländige Arbeitszeit für den Sommer sowie eine Erhöhung der Lohnsätze zu erreichen. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, so werden die Arbeiter jedenfalls versuchen, ihre Forderungen durch Arbeitseinführung durchzusetzen.

\* An die Gewerbeberichter Deutschlands. Der Unterzeichnete erucht die Gewerbeberichter in allen Städten und Gemeinden Deutschlands, die auf Grund des Gesetzes vom 29. Juli 1890 erichtet wurden, aber bis zum 1. April 1894 noch in Kraft treten, ihrer genaue Adresse des Gerichts, zur Herstellung eines Berichtes sämlicher deutscher Gewerbeberichter, anzugeben. Gleichzeitig erucht der Unterzeichnete sämlicher Gewerbeberichter und Geschäftsführer um Abzug des obigen Aufsatzes.

\* Das Auskunftsbur

der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

F. A.: Hermann Faber, Berlin C, Rosenthal, 28, v. I.

\* Auf die wiederholte Eingabe der Gewerbeberichts-Kommission zu Gesetzmäßige an den bürgerlichen Magistrat betreffend die Errichtung eines Gewerbeberichts ist ein ablehnendes Urteil eingegangen. Der Begründung führt der Magistrat an, daß das Bedürfnis eines Gewerbeberichts im Geiste könnte, ob nicht vorhanden sei; die Zahl der gewerbl. Streitigkeiten, die höher vor dem Amtsgericht ausgefochten werden, sei daher gering. Man könnte demnach zu der Annahme gelangen, die Unternehmer von Geestemünde seien so ausnahmsweise anständig ihren Arbeitern gegenüber, daß diese gar keine Veranlassung haben, klagen zu werden. Das bezeugen wir jedoch, müssen vielmehr annehmen, daß ein großer Theil der Arbeiter, selbst wenn sie sich durch ihre Arbeitgeber benachteiligt wissen, der vielen Umstände und großen Kosten wegen davon Abstand nehmen, den Klagesweg zu befahren und gerade deshalb ist ein Gewerbebericht notwendig.

\* Die fünfte Generaversammlung der Vereinigung der Maler, Tadixer, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hat vom 28. bis 26. Januar in Nordhausen stattgefunden. Es waren 30 Filialen durch 40 Delegierte vertreten. Aus dem Rechenschaftsbericht ist zu entnehmen, daß trotz aller Anstrengung an Geld, Agitation und sonstigen Mitteln die Mitgliederzahl der Vereinigung von 6808 auf 5482 zurückgegangen ist. Die Zahl der Filialen hat sich von 108 auf 97 vermehrt. Die Größe dieses Rückgangs sind sehr verschiedener Natur. Einesfalls ist durch den Druck des Unternehmens in Verbindung mit dem Polizei eine große Zahl von kleineren Filialen vertrieben worden. Andererseits sind eine Anzahl Filialen durch den Mangel an agitatorischen Kräften, sowie durch persönliche Feindseligkeiten zu Grunde gegangen.

Besonders schwer war die Agitation in den östlichen Provinzen und im Elsaß. Die Debatte über diesen Bericht gestaltete sich sehr lebhaft. Von den Vertretern der kleinen Filialen wurde hauptsächlich die hohe Beiträge und die überaus schlechten Gewerbeverhältnisse als Hauptgründe des Rückgangs in's Feld geführt und die Herauslegung der Beiträge verlangt, was aber von anderen Delegierten wieder belächelt wurde, indem sie auftraten, daß die Krise eine fortwährende sei und daß lediglich der Mangel an Solidaritätsgefühl der Grund der Unzufriedenheit mit den hohen Beiträgen sei. Auch trage der Parlamentarismus eine große Schuld an dem schlechten Stand der Gewerkschaften (Red.), da gut Brot glauben, daß sie mit Pflicht eines jeden Arbeiters müsse deshalb der Anschlag an die Gewerkschaft sein.

Der Kassembericht ergab, daß die Gesamtentnahme vom 1. Januar 1892 bis 1894 M. 51.275,58, die Gesamtausgabe M. 48.832,12 beträgt. Das Vermögen betrug am 1. Januar 1894 M. 24.028,91. Die Ausgaben verteilen sich folgendermaßen:

a) persönliche	M. 4.205,95
b) sachliche	3.058,15
C) Rechtschutz	1.112,01
D) Bettung	17.352,75
E) Agitation	2.864,77
F) Streiks	485,99
G) Rüschung an Filialen	150,-
H) Leistungserfüllung	1.493,-
I) Generalversammlung	5.756,80
J) Von den Filialen zurückbehalten	7.827,42

Den Kassembericht wurde Decharge erliebt. Betreffend die Frage der „Streikbewegung“, veranlaßte der sogenannte „unabhängige“ Sozialist Schweizer, Berlin eine heftige Debatte. Der selbe spielte wieder einmal seine bekannten dummen Niederkäfigtheiten gegen die „fraktionellen Sozialdemokraten“ aus. Er will die Arbeiter „frei machen von der diktatorischen Bewormung der Parteifürscher“ und die gewerkschaftliche Bewegung über die politische gesetzt wissen. Herrn Schweizer wurde gebührende Antwort. Die Beruhigung über diesen Punkt stand ihre Erledigung mit der Annahme folgender Resolution:

**U**nserichts der ohne Unterchied in allen Arbeitszweigen vorherrschenden elenden Verhältnisse im Bezug auf Vorwürfe, als end- auf die anderen Arbeitsbedingungen, ist die Arbeitsschicht nicht nur berechtigt, sondern standig verpflichtet, auf dem Wege der Koalition mit allen Mitteln eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben. Eines der wichtigsten und wichtigsten Mittel hierzu ist zweifellos die wohforganierte und wohlvorbereitete Arbeitsaufstellung.

In namentlicher Abstimmung wurde mit großer Majorität der Anschluß an die Vereinigung an die Generalversammlung der Gewerkschaften Deutschlands beschlossen: „Über „Arbeits- und Arbeitslohn-Unterstützung“ rezipierte Herr Wenner; er kam dabei zu dem Schluß, daß das gefallene Unterstützungsprojekt aufgehoben werden müsse. Es entzog sich hierüber eine schräge Diskussion. Während die Einführung einer Arbeitskostenunterstützung allgemein für unumstößlich erklärt wurde, wurde die Aufrechterhaltung der Arbeitsunterstützung von vielen Seiten für unabdingbar nachgewiesen erklärt. Die Abstimmung ergab mit 23 gegen 12 Stimmen die Beibehaltung der Arbeitsunterstützung. Da dann folgenden Statutenberatung wurde der Beitrag mit 19 gegen 15 Stimmen für die Sommerwochen von 25 auf 15 ♂ herabgesetzt. Der Beitrag für die Winterwochen bleibt auf 10 ♂ pro Woche bestehen. Ferner wurde ein Antrag auf Sammlung von Streitgeldern angenommen und hierzu beschlossen, Marken zu 10 und 30 ♂ herauszugeben. Unterstützung aus den Hauptklassen wird nach dreiwöchentlicher Dauer eines Streiks gewährt. Eine lange Debakle wurde durch den Punkt „Brennholz“ hervorgerufen. Dasselbe wird in Zukunft fast wöchentlich läufig erscheinen. Hierzu wurde folgender Antrag angenommen: „Die in Nordhausen tagende Generalversammlung der Vereinigung der Arbeiter, Bauten und Anstreicher Deutschlands steht auf den nächsten von der Generalversammlung einberufenen Gewerkschaftskongress den Antrag, daß sich örtliche Gewerkschaftsblätter zu verschließen haben, dafür aber ein thägliches, allgemeines Gewerkschaftsbüro zu erscheinen hat.“ Die Generalversammlungen sind in Zukunft statt alle drei Jahre statt. Es wird Wohlfahrtsvereinigung vorgenommen, sofern auf 160 Mitglieder ein Delegierter kommt. Die Kosten tragen die Hauptklasse. Von den Bauten verbleiben 50 ♂ pro Tag. Der Ausflug fällt weg, ebenso die Preiskommission; an deren Stelle tritt Kostensumme. Der Preis des Vorstandes bleibt in Berlin. Die alten Gehälter bleiben bestehen.

**D**er nächste internationale Bergarbeiterkongress wird die Woche nach Pfingsten in Berlin stattfinden. Auf dem letzten internationalen Kohlenarbeiterkongress wurde auf Antrag der deutschen Delegierten der Beschluss gefasst, den Kongress für 1894 in Berlin oder — falls sich dort Hindernisse entgegenstellen — in Paris tagen zu lassen. Nach reißiger Erwähnung der Bergstraßen habe die Vertreter der deutschen Kohlenarbeiter nur jetzt ihr Urteil endgültig dahin abgegeben, daß seitens der Delegierten — und an andere Hindernisse war nicht gedacht worden — aller Vorauftakt nach dem Kongress keine Schwierigkeiten mehr bereitet werden und daß also an Berlin festzuhalten sei. Dieser Beschluss wurde vorgelegt. Wobei dem englischen Exekutiv-Ausschuß, an dessen Spitze das Parlamentsmitglied Rickard steht, mitgetheilt, und der Ausschuß wird demgemäß, wie es mitgetheilt wird, den nächsten internationalen Bergarbeiterkongress zu Pfingsten nach Berlin einberufen.

Die Decker Arbeiter werden es sich zur Ehre schämen, dem ersten internationalen Arbeiterkongress, der auf deutschem Boden tagt, einen würdigen Empfang, herzliche Aufnahme und allen möglichen Vorbehalt zu bieten.

**D**as System der „Schwarzen Listen“ wird im Lande der „Sozialreform“ und „sozialen Politiken“ zu immer größerer Blüthe gebracht. Ein Hintermänner Kappes in Stuttgart verbindet folgendes Sogenannte Bild über seine Kollegen, die Bau- und Zimmermeister von Stuttgart:

Stuttgart, den 28. Dezember 1893.  
P. P.

Erlaube mir hiermit zu ergeben, Ihnen anbei ein Verzeichnis von 11 Hintermännern einzuhändigen, welche ich wegen heilwollen Arbeitsmangel und sonstigen Gründen entließ. Stadtmaler und Fälder als Hauptplakatoren stellten die Überlegen auf, in corpos zu bleiben, um für die Zeit, zum Werktag abzugeben, mich beim Gewerberichter wegen Beischwörung für einen Tag zu belangen. Ich wurde auch wöchentlich bei der zweiten Verhandlung zu einem ½ Tag und die höchste Kosten verurtheilt. Endem sich dieselben noch sonstige Auslastungen zu Schulden kommen ließen, mußte ich die harten Kollegen und Baumeister warnen und höflich bitten, solche Leute von Zimmerleuten fernzuhalten.

Hochachtend u. s. w.

Hieran folgen die elf Namen der Entlassenen. Bei der Verhandlung auf dem Gewerberichter hatte sich u. a. herausgestellt, daß der „arbeiterfreundliche Meister“, wie er sich selbst nannte, seine Arbeiter mit 50 ♂ „Schmausgeld“ abgekündigt hatte, während der von dem Bauherrn für die Arbeiter an seinem Bau gespendete Beitrag A. 2,50 pro Mann ausgemacht haben würde. Es geht doch nichts über die „Arbeiterfreundlichkeit“, besonders dann, wenn sie etwas einträgt. Freilich, nadem in den staatlichen „Musterbetrieben“ in Bezug auf die schwärzten Bauen mit so gutem Beispiel vorangegangen wird, kann es nicht Wunder nehmen, wenn private Unternehmer verständnisvoll diesem folgen.

**E**ine Petition des Verbands sächsischen Berg- und Hüttenerbeiter liegt dem sächsischen Landtag vor. Gefordert wird in erster Linie eine Verbesserung des jetzigen Berg-Inspektionspersonals in der Weise, daß den zur Zeit amtierenden fünf Berg-Inspectoren je zwei, mindestens aber je ein Beamter mit vorwiegend praktischer Erfahrung, d. h. Männer aus dem Bergarbeiterstand, als Assistenten beigegeben werden sollen, die in gehöriger Abstimmung von den Arbeitern selbst zu wählen sind. Ferner wird für alle Bergwerke mit einer Temperatur von über 28 Grad die Einführung feststehender Schichten gefordert, auch verlangen die Bergarbeiter für alle Bergwerke die obligatorische Einführung von Mannschädeln, die geistige Abhängigkeit der Auffordarbeit und den Bergfall der Arbeitsbücher. Zur Bleidichtung der bestehenden Rüstade wird in der Petition u. a. darauf hingewiesen, daß in dem sächsischen Kohlenwerk im Gutekuler Kreis die Bergarbeiter zur Zeit bei einer Temperatur bis über 45 Grad Celsius zu einer 10 bis 12stündigen Arbeitszeit verpflichtet sind.

Der folgende Abschnitt der Petition verlangt die Einführung der achtfürstigen Schicht insl. Ein- und Ausfahrt, eigentlich

Bonanzobligation bzw. Abschlagszahlung, und zwar soll dieselbe an jedem Freitag erfolgen, zumindestens Praktikum von Wohnorten, und dann die Wohntage die Anzahl der vollzogenen Schichten und höchstens die Mindestzahl ihrer Praktikung (2, 3, 4, 5, 6, 7, 8) auf die 12 ♂ zulässige Zahl der Tagesarbeiten abrechnen darf. Mit dieser Förderung in Betracht steht das Verlangen der wöchentlichen Gehaltsauszahlung. Beginnen zu werden die Herren Baumeister ein, daß es den „Vorwurf“ kostet, wenn die Provinz größere Summen auf einmal ausgeschafft erhalten. In Wirklichkeit werden die Bergleute durch die langen Gehaltszahlungsperioden sehr geschädigt, denn sie verlassen unter den jetzt obwaltenden Umständen nur zu leicht den Kleinmeister; sie sind fast stets gezwungen, ihre Boaten auf Kump zu entziehen, wodurch diese natürlich verhindert werden. Des Weiteren verlangen die Bergleute die Auszahlung der Entlohnungsparagrafen. Die Fassung dieser Paragraphen ist eine solche, daß sich jeden Augenblick ein Vergehen, auch für den lächelnden Arbeiter daran konstruieren läßt. Die Entlohnung welche, aus einer der als Paragrafen hin geliehen ist, bedeutet nun gerade das Allerungrächteste gegen den armen Bergmann. Mag allein, daß die Entlastung droht geworden, verhindert keiner auch das Vergessen, doch er weiß, wenn der lächelnde Bergmann an die Knappelsackfrage denkt, die Arbeit einsetzen mußte, der von ihm an die Knappelsackfrage geleisteten Verträge verläßlich gehe. Diese drakonischen Bestimmungen verlangen die Bergleute aufzugeben zu wissen. Sie verlangen, daß jeder Bergarbeiter, der zusammen zwei Jahre Mitglied der verfassten Gewerkschaften war, die Garantie haben müßte, den wahren Vertrag seiner Betriebe an die Knappelsackfrage bei seinem Abzug zurückzubringen, gleichviel, ob er jetzt gegangen oder entlassen worden.

Schließlich wird in der Petition als letzte Forderung die Einführung einer Vermögensabgabe für Bergarbeiter verlangt. — Ob der sächsische Landtag den verdeckten Klagen der Bergarbeiter Rechnung tragen wird? Angehörige der Stadtfläche, das ist in der Petition genannte Mindesteinstellung, als schwere sind, denn sie schon so oft verdeckt der Gesetzsmachern vorgetragen wurden, wagen wir es kaum zu hoffen. Läßt uns wir uns, um so besser für die Bergleute. Gestieckt wiederum nichts für diejenigen Arbeiter, die in letzter Lebensgefahr ihren schweren Beruf ausüben, so werden diejenigen aus dem arbeiterfreundlichen Verbanden ihrer Miteinanderpartei die schlimmsten Konsequenzen zu ziehen wissen.

Wie „herrlich“ die Wiener Maurer leben, beweisen nachstehende Zahlen, welche ein Kollege, der zu Denau zu ziehen ist, für mich gütig vertheilt und nun aus glaubwürdig in unserem dectiven Überzeugungen übermittelt. Im Jahre 1893 hat dieser Kollege 25 Tage Arbeit, gekostet 22 Tage war Gehaltszählung, und 25 Tage freien. Die Gehaltsentnahmen, worunter auch 143 Nebenkosten und die Bruttomutterlöhne verdeckt sind, betragen fl. 454,58. Davon zahlt er monatlich fl. 8 Rina, macht im Jahre fl. 96. Es bleiben somit zur Bezahlung aller anderen Lebensbedürfnisse fl. 339,58, oder pro Tag fl. 9 fl. Eine Familie von 6 Personen hat daher den Vertrag a 16 fl. pro Tag zur Verhüllung, wovon Kleidung, Nahrung, Brauimmaterial usw. gelöst werden soll. Ob denn mit diesem „Verdienst“ Eugen Richter's Sparagnes ein Kapital gäumenmünderthalte?

Aber Scherz bei Seite. Der Uebermittler dieser Zahlen war im Bergbau zu dem Groß der Männer nur, zur Zeit arbeitslos und hat nicht den schlechtesten „Lohn“ bezogen. Wie mag es erst denen ergehen, die länger ohne Arbeit sind; was geschieht für Bissern zum Beispiel jene kommen, wenn Hüttarbeiter solche Notizen verdecken werden, die 80 bis 90 fl. oder fl. 1 pro Tag, wenn sie Arbeit haben, verdienen?

**S**chweizerischer Gewerkschaftskongress. Das Bundescomité des Schweizerischen Gewerkschaftsverbands hat auf die Berichterstattung, welche am 25. und 26. März — den statutengemäß alle zwei Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongress ein. Der Ort der Abhaltung bestimmt ist noch nicht bestimmt. Auf die Tagesordnung stehen außer den formell geschäftlichen Punkten der Thätigkeitsbericht des Bundescomités, einige besondere auf Errichtung eines ständigen Secretariats, Fortführung der Verwaltungs- mit der Streitkräfte, die jetzt getrennt geführt werden, Genehmigung des Kriegsvertrages des Gewerkschaftsbunds mit dem schweizerischen Arbeitgeberverband und dem romanischen Arbeiterverband und Wahl des Vorsitzenden des Gewerkschaftsbunds, sowie der Mediationskommission.

Brauchbarlich werden leben den Gewerkschaftskongressen noch einige Berufskongresse stattfinden. Die Frage des Verhältnisses der gewerkschaftlichen zur politischen Bewegung dürfte unvermeidlich erörtert werden, da hierüber keine Meinungsvorstellungen bestehen. Man ist nämlich eingig darüber, daß beide nur in die Praxis umgesetzte Prinzipien der Arbeitsleistung darstellen und daß daher keiner sich gegen seitig zu ergegnen habe. Indessen ist hier das beständige Verhältnis in einem anderen wie in Deutschland, als ein großer Theil der Gewerkschaftsmitglieder ausländische Arbeiter sind und als solche nicht gleichzeitig den politischen Organisationen der schweizerischen Arbeiter angehören können. Dagegen dürfte wohl auf den allgemeinen Gewerkschaftskongressen, wie auch auf den eventuellen Berufskongressen, die Frage erörtert werden, wie die große Masse der nichtorganisierten Arbeiter zu den Gewerkschaften herangezogen und auch dauernd gehalten werden könne. Das ist eine Frage, die in den Gewerkschaften aller Länder beständig ist.

**P**arisier Arbeitsschule. Unzufrieden der in der Kammer seitens der sozialistischen Deputirten einzuholenden Interpellation über die Wiederauferstehung der Parisier-Arbeitschule hielten die Delegirten der organischen Gewerkschaften eine Versammlung ab. Von den 129 anwesenden Delegirten vermittelten 107 die Frage des Wiederaufbaus in die Arbeitskörse, gleichviel ob die Regierung an den Eintritt Bedingungen knüpft oder nicht. Über eine weitere Frage, ob die Gewerkschaften eine neue unabhängige Arbeitskörse schaffen wollen, wurde kein Besluß gefasst, sondern dieser einer neuen Gewerkschaft anheimgefallen. Wahrscheinlich werden die Parisier Arbeiter eine der Regierung und dem Municipalrat unabhängige Arbeitskörse errichten, wenn die realistische Bourgeoisie regierung nicht verhindert der künftigen Auslegung des Geleizes über die Syndikate die Gewerkschaft der Spitzbuden-Bürgerkörner vor den rechtlichen Verstrebenen der Arbeiter wieder einmal „setzt“.

**E**ine in unserer Welt nahe Forderung stellen jetzt die Maurer in Illinois: die Abgeordneten Senatoren u. a. sollen sich dafür verwenden, damit in Oimoges aus Granit eine

Riesensternecke erbaut werde, die den Eiffelturm weit übertragen soll. Das Bauwerk soll zugleich zur Verbreitung der Gewerkschaften dienen, die zu Jahrhunderten alljährlich ihre Heimat verlassen, um der Ansicht des Baumes in allen Teilen Frankreichs zu widerstehen. In der Tat wandern jeden Sommer einige tausend Gewerkschaften aus, um allorts häufig zu sein.

**D**as holländische Arbeiterssekretariat hat sich für das Jahr 1894 und folgenden Personen aufzunehmen: Mr. Wouters (Algemeiner Fischer-Verein), erster Vorsteher. Van Eek (Unter- und Oberfischerei- und Taxeiseiter-Verein), zweiter Vorsteher. Mr. van der Vlist (Allgemeiner Fischer-Verein), erster Sekretär für die Korrespondenz in Holland. Cheift. Cornelissen (Sozialdemokratische Partei), zweiter Sekretär für internationale Korrespondenz. Adressat: Danckw 100 a, Amsterdam. Hermann Kupper (Diamantarbeiter-Verein), Kassier.

Über die sogenannte „gleitende Lohnliste“, mit welcher die englischen Gewerkschaften so häufig zu rechnen haben, sind vielfach irrtümliche Ansichten verbreitet. So meint man, daß, wo solche Listen bestehen, der „Standard-Satz“ bestellt, das vereinbare Lohnminimum für die betreffende Industrie bilde. Dieser Kreislauf wurde auf dem längsten Jahrestag der englischen Bergarbeiterfederation dahin berichtet: Die Vereinigung einer gleitenden Liste schlägt noch nicht die eines Lohnminimums ein. Als „Standard“ (Norm) wird gewöhnlich der jüngste vereinbare Tarif angesehen; ist dies ein niedriger, so mag er in der Praxis lange Zeit die untere Grenze bilden, unter die nicht heruntergegangen wird, aber eine Garantie dafür besteht, ob sie die gleitende Liste nicht, es sieht die Möglichkeit offen, daß die Währung noch unter den Standards fallen. So standen z. B. Ende Juni vor Jahren im Koblenzer Vertrag, im Federationsabdruck 40 pf. über dem Standard, dagegen in Elberfeld 42 pf. pf., in Northumbria 16 ¼ pf., im Durham 15 pf. unter dem Standard, der in jedem Falle ein anderer ist. Die Forderung der Federation, daß die „living wage“ im ganzen Gebiet als Minimumsauszahlung verdeckt werden, ist in eben denselben Grade ein Bruch mit der Lebeseisierung als ihre Forderung des gesetzlichen Achstundenvertrages.

**D**er große englische Kohlenarbeiterstreit hat 101 000 Uhr an Streikunterstützung gefordert. Davor haben die Mitglieder des Gewerkschafts der Bergleute 77 000 Uhr aufgebracht. Der Rest von 24 000 Uhr wurde durch Gewerkschaften gegeben oder durch Sammlungen beschafft. In der Bergkasse befinden sich zur Zeit 9000 Uhr.

### Eine Mahnung an Baugewerkschüler,

daß in manchen Punkten wohl beachtenswert ist, bringt das „Augsburger“ Zeitschrift für die Berufsentwicklungen der Rheinischen Westfälischen Baugewerkschaften. Es wird bestätigt, daß selbst alle erfahrenen Baumeister nicht selten Lehrer begegnen, ihre Schule in zu jugendlichem Alter in die Baugewerkschule zu schicken, ohne genügende praktische Ausbildung. Thatliche sei, daß sich immer die Fälle wiederholen, daß Schüler mit Gymnasialbildung am Ende des ersten Semesters auf den Bauplatz der Praxis überweisen werden müssen, um dort ihr Anschauungsvermögen so hinreichend zu vermehren, daß sie dem Untericht in den rein technischen Fächern vorstehen und ihm folgen können. Es wird dann ausgeführt:

Auf dem Bauplatz oder in der Werkstatt kann sich der Begehr durch unmittelbar sinnliche Wahrnehmungen der Körperlich dargestellten Gegenstände viel schneller und sicherer ein. Schule und Raumgefühl für technische Dinge aneignen, als wenn ihm dieses Gefühl in der Schule auf großen Schwierigkeiten überwinden durch Beobachten anerzogen werden soll. Das Körper- und Raumgefühl muß der Schüler haben, ehe er sich Dinge vorstellen kann, die er nicht in Natur vor sich sieht. Alle Bilder, die der Lehrling durch wirkliche Anschauung der entsprechend seines Geschlechts, prägen sich dem Gedächtnis viel schöner ein, als die, welche man durch Beschreibungen erhält. Bei einem Rundgang um einen freistehenden Körper nimmt das Auge des Schülers die verschiedenen Teile des Körpers in zu jugendlichem Alter in die Baugewerkschule zu schicken, ohne genügende praktische Ausbildung. Thatliche sei, daß sich immer die Fälle wiederholen, daß Schüler mit Gymnasialbildung am Ende des ersten Semesters auf den Bauplatz der Praxis überweisen werden müssen, um dort ihr Anschauungsvermögen so hinreichend zu vermehren, daß sie dem Untericht in den rein technischen Fächern vorstehen und ihm folgen können. Es wird dann ausgeführt:

Auf dem Bauplatz oder in der Werkstatt kann sich der Begehr durch unmittelbar sinnliche Wahrnehmungen der Körperlich dargestellten Gegenstände viel schneller und sicherer ein. Schule und Raumgefühl für technische Dinge aneignen, als wenn ihm dieses Gefühl in der Schule auf großen Schwierigkeiten überwinden durch Beobachten anerzogen werden soll. Das Körper- und Raumgefühl muß der Schüler haben, ehe er sich Dinge vorstellen kann, die er nicht in Natur vor sich sieht. Alle Bilder, die der Lehrling durch wirkliche Anschauung der entsprechend seines Geschlechts, prägen sich dem Gedächtnis viel schöner ein, als die, welche man durch Beschreibungen erhält. Bei einem Rundgang um einen freistehenden Körper nimmt das Auge des Schülers die verschiedenen Teile des Körpers in sich auf, die sich im Gedächtnis zu einem Körperlichen Gesamtbild zusammenfügen, wie dies durch Beschreibung oder Zeichnung niemals so vollkommen möglich ist. Durch solche lebensvolle Bilder wird auch das Interesse für die bezüglichen Gegenstände ganz besonders bei jungen, lebhaften Personen geweckt, und die Anschauung und das daraus folgende Interesse sind die beiden ersten Stufen auf der Leiter der Erkenntniß, die der Lehrling beim Anschauen interessanter Sachen wie im Blättern erzieht.

Wo wurde es Blättern, wenn alle jungen Leute, welche heute die Baugewerkschule besuchen, nicht von den Schülern, sondern von den Schülern der Gymnasien weg in die Baugewerkschulen einsteigen sollten? Es führt schließlich dahin, daß ein Maurermeister nicht mehr und ein Zimmermeister garnicht wirklich zimmern, geschweige eine Metzgermeister darin erlangen könnte. Wer da glaubt, eines der praktischen Gewerke wie Bildner, die sich annehmen, die er nicht in Natur vor sich sieht. Ein lebhaftes Bildner wird auch das Interesse für die bezüglichen Gegenstände ganz besonders bei jungen, lebhaften Personen geweckt, und die Anschauung und das daraus folgende Interesse sind die beiden ersten Stufen auf der Leiter der Erkenntniß, die der Lehrling beim Anschauen interessanter Sachen wie im Blättern erzieht.

Wo wurde es Blättern, wenn alle jungen Leute, welche heute die Baugewerkschule besuchen, nicht von den Schülern, sondern von den Schülern der Gymnasien weg in die Baugewerkschulen einsteigen sollten? Es führt schließlich dahin, daß ein Maurermeister nicht mehr und ein Zimmermeister garnicht wirklich zimmern, geschweige eine Metzgermeister darin erlangen könnte. Wer da glaubt, eines der praktischen Gewerke wie Bildner, die sich annehmen, die er nicht in Natur vor sich sieht. Ein lebhaftes Bildner wird auch das Interesse für die bezüglichen Gegenstände ganz besonders bei jungen, lebhaften Personen geweckt, und die Anschauung und das daraus folgende Interesse sind die beiden ersten Stufen auf der Leiter der Erkenntniß, die der Lehrling beim Anschauen interessanter Sachen wie im Blättern erzieht.

Ein junger Mann, der das Gymnasium absolviert und die Baugewerkschule besucht, ist, so war er in den ersten Monaten jedoch nur praktisch vorgebildeten Maurerkündern überlegen. Aber schließlich die Aufgaben der rein technischen Fächer wurden, je mehr holten ihn die praktisch gebildeten Schüler ein, und als er nach weiterem Verlauf einiger Wochen einfahl, daß jene ihm überlegen waren, da litt geklauter Bürgergeist den sonst sehr soliden Schüler nicht mehr in der Schule. Welch wunderliche Blüthen der Mangel praktischer Schulung in Baugewerkschulen treiben kann, ist an folgendem Beispiel ersichtlich:

Ein junger Mann, der das Gymnasium absolvierte und die Baugewerkschule besucht, ist, so war er in den ersten Monaten jedoch nur praktisch vorgebildeten Maurerkündern überlegen. Aber schließlich die Aufgaben der rein technischen Fächer wurden, je mehr holten ihn die praktisch gebildeten Schüler ein, und als er nach weiterem Verlauf einiger Wochen einfahl, daß jene ihm überlegen waren, da litt geklauter Bürgergeist den sonst sehr soliden Schüler nicht mehr in der Schule.

Welch ungemeinliche Blüthen der Mangel praktischer Schulung in Baugewerkschulen treiben kann, ist an folgendem Beispiel ersichtlich:

seine unhaltbare Stellung seinem Bruder, einem Juristen. „Was“, fragte der Jurist, „kannst du Volksschule nicht unterbrechen?“ „Das mußt du können!“ „600 Thaler Gehalt und Kontrakt ist man nicht gleich so weg.“ Den weiteren Verlauf der Angelegenheit mag sich der Leser selbst denken.

Nicht beiden Fällen sprechen für den praktisch vorgebildeten Baugewerkschüler und aus den Erfahrungen, welche viele Jahre in einer Baugewerkschule gemacht wurden, ging als Resultat hervor, daß diejenigen Baugewerkschüler, welche ihre Studien auf den Bauplänen mit Hammer, Mauerfutter und Zimmerwerk begannen, aus der Menge der Schüler immer vorbehaltlos heraustraten.

Die schwer, anstrengende Arbeit in der Praxis hat den praktisch gebildeten Schülern durchweg den Stempel des ersten Lebens aufgedrückt, und dies hat fast allgemein die Folge, daß sie mit ihrem später erworbene Gelde und mit der auf der Schule zugemessenen Zeit hausfachlich umgehen. Es ist weder human, politisch, noch germanisch gedacht, daß Selbstbestimmungsrecht einer Person in Bezug auf vernünftigen Lebensberuf irgendwie befrüchtet zu wollen. Kann man es dennnoch einem Maurer wohl verdachten, wenn er zehn Jahre und zeitweise mit einer derartigen Anstrengung gearbeitet hat, daß der Wörterlich haftlich nach dem von den Händen triebenden Blute mischte — daß ein solcher Maurer sich schließlich nach einer besseren Lebensstellung sehnt? Wollte man diese treuen Arbeiter, die sich nun mit den von ihrem Schweife geweckten Exparasiten einer Baugewerkschule zuwenden, um sich dort die Kenntnisse zu einem besseren Fortkommen zu erwerben, — wollte man solchen Leuten zumuthe, vor Eintreten in die Baugewerkschule erst einige Tage auf einer humanistischen Vorlesung zuzuhören, sie würden dies gewiß als einen zwar kostbaren, aber auch gemäßigen Stein auf ihrem Lebenswege betrachten und ihn gern überbrückt lassen, wo er liegt. Möge es immerhin Baugewerkschulen geben, die ein gewöhnliches Maß landäugter Schulbildung bei der Aufnahme ihrer Schüler voraussetzen; aber eben so menschlich wie vollständig richtig ist es, schon den natürlichen Ausgleich und Gleichgewicht wegen, daß es auch Baugewerkschulen gibt, die hierin nicht so viel, dafür aber anderes von Wert voraussetzen. Ohne ein gewöhnliches Maß ungebundener Entwicklung kann kein Ding in der Natur gediehen.

Es werden dann dem jungen Manne, der die Baugewerkschule besuchen will, noch folgende Ratschläge ertheilt:

Wenn Du eine Baugewerkschule besuchen willst, geh nicht als ein in der sörperlichen Entwicklung begriffener Knabe in die Baugewerkschule. Werde lieber auf dem Bauplatz, in Gottes freier, frischer Luft ein kräftiger, gesunder Mensch, der die Anstrengungen in der Schule leichter ertragen kann, als ein Schwächling. Bedenke, daß der Körper das Fundament des Geistes ist, und nur ein kräftiges Fundament einen kräftigen Aufbau tragen kann. Deine zweite Aufgabe ist jene, daß Du Dir vor Eintritt in die Schule so viel Körper und Raumsgefühl aneignest, wie Du nur irgendwie erhalten kannst. Dein Körper- und Raumsgefühl wird am stärksten und nachhaltigst beim praktischen Arbeiten geschult. Während Du z. B. einen Stein behaue, sieht Du denselben längere Zeit von den verschiedensten Seiten und dadurch wird in Deinem Gedächtnis ein formen- und farbenprächtiges Bild erzeugt, welches Du so leicht nicht wieder vergißt. Darum habe vor Eintritt in die Baugewerkschule Vieles selbst praktisch bearbeitet. Danach verstehe nicht, Deinem Gehalt verwandte Arbeitsräume aufzugehen, um dort mindestens durch Anschaugung Dein Wissen zu bereichern. Sei nicht so stolz oder gar zu buntfahrtig, um Andere, die Du vielleicht als unterst siehst, vorzuholen, um Führung über Das zu bitten, was Dir unscharf ist; denn: Leydig sei Federmann. Habt auch Acht auf alle Baumaterialien, die Dir etwa unter die Hände oder vor die Augen kommen; kannst Du Dir von dem Besitz, der inneren Zusammenfügung des Baumaterials Kenntnis verschaffen, so unterlaß dies nicht. Willst Du die Innenräume eines fremden Gebäudes kennen lernen, so laß Dir durch Bekannte die Erlaubnis zur Kenntnisnahme erwirken. Frage, was die Wohnräume angenehm und wo sie auch ungemeines an sich haben.

Findest Du eine Treppenanlage im mehrstöckigen Wohngebäude, auf welcher man durch zweiflügelige Handleitung, selbst im Dunkeln ohne Gefahr sitzt und Fuß bequem auf und absteigen kann, so prüfe die Einlage auch darauf, ob man auf der Treppe die nötigen Haushaltsgänge leicht und sicher fortsetzen kann, ohne die Wände des Hauses oder das Handgelenk zu zerstören. Hat Du Gelegenheit, bei Umzügen der Hausbewohner deren Bewegungen mit ihren Wässen auf derselben Treppen zu beobachten, so laßt Du Dich durch den Augenblick, den den glücklichen oder unglücklichen Verhältnissen der Treppen anlagen überzeugen.

Hast Du Zeit, so gehst niemals achtlos an Gebäuden vorbei, die Dir wertvoll erscheinen, genauer angehen zu werden. Suche durch Angenommen die Verhältnisse dieser Gebäude zu ermitteln und stelle Vergleiche an. Das Vergleichen führt zu Urtheilen und Schlüssen. Weil jedes Gebäude aus vielen kleinen Theilen zusammengesetzt ist, so halte keinen Theil zu unbedeutend für Deine Beurtheilung. Kannst Du einen Bauherrn, der Deine Aufmerksamkeit ganz besonders erregt, meien, so thue dies sofort und schreibe das Maß sorgfältig auf, weil Du nie mehr wissen kannst, ob Du den Ort des Gegenstandes jemals wieder betreten wirst.

Sucht die äußere Baufähigkeit nicht im prunkhaften Überbaubau; Überbaubau führt zum Verderben.

Solche Studien, in der großen Schule des Lebens vor genommen, werden Dir wenig oder nicht kosten und sie werden Dir um so wertvoller erscheinen, je mehr die Meinung unseres großen Philosophen Schopenhauer zu Herzen geht, daß das Buch nie geschrieben wird, welches die Erfahrung erliegen kann.“

Für uns sind diese Ausführungen ein Beweis mehr, wie notwendig es ist, den Arbeitsunterricht schon in der Kindertafel zu übersetzen. Das würde speziell für die Schule untere Bourgeoisie sehr nützlich sein.

### Situationsberichte.

#### Maurer.

**Hamburg.** In der am Mittwoch, den 24. Januar, abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden vor Eintritt an die Tagesordnung Richter und Franz für die nächsten vier Wochen als Ehrenkontrolleure gewählt. Hierauf wurde das Protokoll verlesen und genehmigt. Bei dieser Gelegenheit stellte Hibdessen den Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten

Versammlung zu setzen: Berichterstattung des „Grundstein“ und „Hamburger Echo“; es wurde demgemäß beschlossen. Nunmehr verlor der Kassier **H. D. Becker** die Abrechnung, welche als richtig anerkannt wurde. Auf Antrag Hibdessens wird die Wahl der Delegierten zum Verbandstag und zum Gewerkschaftsrat vertagt gewonnen. Ein Antrag Schwarz, kein Vorstandsmittel mit einem Mandat zum Verbandstage zu vertrauen, stand Antheil. Als Delegierte zum Verbandstage wurden die Kollegen **H. Brüggemann**, **A. Richter** und **C. Schwarz** gewählt, als Delegierte zum Gewerkschaftsrat die Kollegen: **B. Dömelburg**, **Bollmer**, **Hibdessen**, **Harms**, **Hees**, **Bürl**, **Hünerdäger**, **Müggenburg** und **Nichter**. Hierauf erhielt A. Richter einen lehrreichen Bericht über das Gewerbegefecht von 1892/93. Der Bericht wurde von der Versammlung mit Aufforderung verfolgt. Zum Punkt der Tagesordnung, „Vorstand und die Arbeit hier am Orte“, berichtet Becker, daß zu den Verhandlungen am Bau Anmeldung u. f. Senf, sowie an Zimmermann's Bau keine Stellung genommen werden könne, da die Verhandlungen nicht darnach angeboten seien. Auf Anregung von **H. Bartk**, wie sich der Vorstand an dem neuen Lohnarbeitsstelle stelle, zu dem die Zimmerer bei der Stellung genommen hätten, erklärt der Vorstand, daß wie uns mit dieser Frage demnächst zu beschäftigen hätten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung 11½ Uhr.

**Wilhelmsburg.** Am 2. Februar tagte im Sitz des Herrn Rohmann die regelmäßige Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Bahnhof Wilhelmsburg. Im ersten Punkt, „Neuwahl der örtlichen Verwaltung“, wurden die Kollegen **A. Süßen** als erster Bevollmächtigter, **A. Engels** als zweiter Bevollmächtigter, **B. Binde** als erster Kassier, **H. Warne** als zweiter Kassier und **Harms** als dritter Kassier gewählt. Bei Revidoren wurden gewählt die Kollegen **K. Fauch**, **B. Stüben**, **H. Albag**. Zu Ehrenkontrolleuren die Kollegen **E. Eggers** und **E. Albag**. Im „Beschiedenen“ fand die Abrechnung für die Sammlung des Kollegen **A. Waller** ihre Erledigung; dieselbe wurde für richtig befunden. Nachdem die Bevollmächtigte die Mitglieder erhielt, in diesem Jahre besser zu erfüllen, damit die Versammlungen besser besucht werden, erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung.

**Elmshorn.** Am 28. Januar tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhof. Nachdem die beiden ersten Punkte: „Aufnahme neuer Mitglieder und Erledigung der Beiträge“, erledigt waren, wurde vom Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal 1893 verlesen, welche laut Unterschrift der Revisoren als richtig bestätigt und von der Versammlung genehmigt wurde. Der vierte Punkt: „Der Lohnarbeitsstelle für 1894/95“ wurde zur nächsten Mitgliederversammlung vertragt. Die Festlegung der Tagesordnung zur nächsten Versammlung wurde der örtlichen Verwaltung überlassen. (Kollegen, es ist wichtig eines jeden, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es soll hier über unsere Dage berathen und ein Vertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen werden; die Beglaubigung dieses Vertrages bedarf aber der Unterschrift sämtlicher Kollegen. Auch die Wahl der örtlichen Verwaltung wird in dieser Versammlung vollzogen; auch hier muß jeder Kollege seine Pflicht erfüllen; indem er seine Stimme abgibt. Auch wird die Versammlung mit der Gründung eines Gewerkschaftsrates zu beschäftigen haben. Anmerkung des Berichtschreibers.)

**Neumünster.** Am 1. Februar fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhof statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung. Darauf wurde vom Kassier die revidierte Abrechnung vom Monat Dezember verlesen, welche ebenfalls von der Versammlung für richtig befunden wurde. Zum dritten Punkt wurde zur Stichwahl zwischen **K. Höhne** Elmsdorf und **B. K. B. K. B.** geschritten. Bündnis wurde vom Kollegen **K. Höhne** gewählt. Darauf wurde vom Kassier die revidierte Abrechnung vom Monat Januar verlesen, welche ebenfalls von der Versammlung für richtig befunden wurde. Zum vierten Punkt wurde die Neuwahl der örtlichen Verwaltung für richtig befunden. Hierauf wurde die Versammlung mit der Gründung eines Gewerkschaftsrates zu beschäftigen. (Bericht des Berichtschreibers.)

**Stützberg.** Am 21. Januar tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhof. Im ersten Punkt verlas der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal, welche von der Versammlung für richtig befunden wurde; und machte bekannt, daß am Sitztag des Jahres 96 Mitglieder dem Verband angehörten. Dem Kassier wurde Decharge ertheilt. Sobald erfolgte die Neuwahl der örtlichen Verwaltung. Es gingen folgende Kollegen aus der Wahl hervor: Becker als erster, Bölling als zweiter Bevollmächtigter, Rätzien als erster, Belling als zweiter Kassier, als Schriftführer Berner und als Revisor **M. Enke**, **G. Stier** und **F. Andrei**. Sobald wurde vom Kollegen Becker der Antrag gestellt, die Verwaltung für ihre Bemühungen etwas zu entlohnigen, da dieselbe doch schon Jahre lang den Kosten vertritt. Die Versammlung beschloß, den ersten Bevollmächtigten, dem ersten Revisor und dem Schriftführer eine vierteljährliche Entlohnung von 8 à Person zu gewähren. Darauf wurde von der Lohnkommission bekannt gemacht, daß in den Monaten Dezember und Januar von Morgens 8 Uhr bis Abends 4½ Uhr gearbeitet werde nach der mitteleuropäischen Zeit, sonst sei der Lohnarbeitszeit wieder derselbe wie im vergangenen Jahre. Der neue Lohnarbeitsstelle vom 1. April an in Kraft, da der alte noch bis Ende März gilt. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung.

**Hannover.** Am 27. v. M. tagte eine regelmäßige Mitgliederversammlung der Filiale Hannover in Bergmann's Restaurant, Laubefeld 20. Nach dem Berleben des Kostenberichtes durch den probatorischen Revisor, welcher von dem Vorstand benannt und beauftragt war, die Kasse mit zu revidieren, weil der Berlebor aufgetreten war, regte sich hierüber ein Kollege heftig auf und äußerte, daß ihm hierüber nichts bewußt sei und wie es überaupt möglich sei, daß der Bevollmächtigte ohne Weiteres einen Revisor bestimmen könnte. Es wurde ihm dieses bald klar gelegt und die Abrechnung für gut befunden. Es sprach sich hierauf noch ein Kollege lobend über den Kassier aus und stellte den Antrag, dem Kassier Decharge zu ertheilen, was einstimmig angenommen wurde. Hierauf wurde der Kollege **E. Städler** als ständiger Revisor gewählt. Im Punkt „Geschäftsreden“ rührte der Vorstand die Frage an die anwesenden Kollegen, ob sie wohl ihr Geldbüro gehalten, er könnte dies nicht bejahen, es sei mir ein Drittel der ortsbewohrenden Kollegen in der Versammlung. Ferner teilte er mit, daß er Willens sei, sein Amt niedergelegen, aber er wolle hören, daß es in Zukunft besser werde, er wolle daher sein Amt so lange beibehalten, wie es möglich sei. Darauf erfuhr er die Kollegen, sich reger an den Versammlungen zu beteiligen. Hierauf wurde von einem fremden Kollegen bemerkt, daß er die traurige Erfahrung gemacht, daß sich Kollegen für M. 20 zu arbeiten angeboten hätten, hierfür wurde der Zahn gebraucht. Es steht jedoch heraus, daß der Kollege selbst für einen Preis von M. 20 arbeitet. Er wurde von verschiedenen Kollegen aufgerufen, nachdem man ihm die persönlichen Verhältnisse des betreffenden Meisters geschildert hatte, nicht sinner für M. 20 zu arbeiten, sie wüßten genau, daß er höhere Löhne zahle, er möge dies zur Beste dienen lassen. Als dann wurde ein Antrag eingesetzt und angenommen, zur nächsten Versammlung eine Kommission zu wählen zur Ausarbeitung eines Lohnarbeitsstelle. Darauf wurde noch beschlossen, so bald wie möglich die Bibliothek ihres Lebens zu rüsten. Da Weiteres nicht vorlag, schloß der Vorstand die Versammlung um 11½ Uhr.

**Nordhausen.** Am 28. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Im ersten Punkt verlas der Kassier Günther die Abrechnung, welche von den Revisoren

für richtig befunden worden war. Auf Antrag des Kollegen Otto wurde dem Kassier Decharge ertheilt. Im zweiten Punkt, „Wahl der Verwaltung“, wurden die Kollegen Blech als erster, Wilhelm Otto als zweiter, Bevollmächtigter, Friedrich vom me als Kassirer und Wilhelm Thorehauer als Schriftführer durch Stimmzettel gewählt. Durch Auffassung wurden die Kollegen Große als zweiter Kassier, Günther als zweiter Schriftführer,illardt, Bernhardt Otto und Kaiser als Revisoren gewählt. Nachdem der Vorsthende die so Gewählten fragte, ob sie ihre Amtem annehmen und diese die Frage mit Ja beantwortet, forderte er sie auf, mit all ihren Kräften ihre Posten zur Ehre und zum Gedeihen des Verbundes zu verwalten. Sobann wurde eine Beschwerde des Eislers Hesse gegen das Mitglied Stange geregelt. Im dritten Punkt, „Sonstige Verbandsangelegenheiten“, liegen sich zwei neue Mitglieder aufzumachen. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten geregelt, schloß der Bevollmächtigte die Versammlung.

**Eckentalwald.** Am Sonntag, den 21. v. M., fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Abrechnung vom Kassier verlesen und von den Revisorern für richtig befunden, wurde dem Kassier Decharge ertheilt. Es folgte die Neuwahl der Verwaltung, und wurden folgende Personen gewählt: Rudolf Ruhle, Bevollmächtigter, Julius Blech, Stellvertreter, Friedrich Schulz, Kassirer, Richard Tie, Schriftführer. Im „Beschiedenen“ tabellte der Bevollmächtigte die Haftbarkeit der Kollegen und erfuhr die Anwesenden, woll und ganz für den Verband zu votzen. Auch wurde vom Kollegen Blech betont, daß die ländlichen Kollegen viel eher durch ruhiges Auseinandersehen zum Friede zu bewegen wären, als wenn immer von Bauern und Bergleuten die Rede ist. Die Ausführungen standen von den anwesenden Kollegen Anerkennung. Schluß der Versammlung 6 Uhr.

**Bielefeld.** Am Sonntag, den 28. v. M., fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung seine Erledigung durch den Kassier gefunden hatte, machten die Kollegen Hartung und Kappé die Mitteilung, daß sie den Auftrag vor der vorigen Versammlung, nach Gütersloh zufahren, zwecks Gründung einer Bühne, erfüllt hätten. Die Sache stände für uns dort nicht schlecht, denn die Kollegen, mit welchen sie sich in Verbindung gelegt, hätten erklärt, sie wollten ihnen, was in ihren Kräften stände, um eine Bühnse in's Leben zu rufen. Die Hauptfrage sei die Volksfrage, wenn sie diese gelöst hätten, wollten sie und davon in Kenntnis seien und dann sollte eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung stattfinden, wozu ein ausdrücklicher Referent kommen sollte. Dieser Bericht wurde von der Versammlung mit Freuden begrüßt. Im „Beschiedenen“ machte Kollege Schalenburg Mitteilung von einem Vorgang, der sich zwischen ihm und seinem Arbeitgeber, dem Maurermeister Klarhorst hierstellte, vor einigen Tagen auf dem Neubau am Oberentworrnholz abgetragen hatte. Herr Klarhorst hatte dem Kollegen Schalenburg, der mit Verputzen der Fassadenbude beschäftigt war, todelnde Verhaltungen über seine Arbeit gemacht. Als Kollege Schalenburg sich hiergegen rechtfertigen wollte und seine Entlastung verlangte, kam es zu einem Wortwechsel zwischen beiden. Im Verlauf desselben erblühte Schalenburg in einer Bewegung, welche Herr Klarhorst mit seinem Regenschirm machte, eine gegen ihn gerichtete Droschung; er abzuweichen suchte, worauf Herr Klarhorst die Putplatte des Kollegen Schalenburg ergreif und mit derselben nach ihm schlug; er traf dessen vorgehaltene Hand, die durch den Schlag verletzt wurde. Der Kollege Schalenburg sagte dieser Mitteilung hinzu, daß er gegen diesen sogenannten Maurermeister den Klageweg beschritten habe. Sobann wurde diese Sache noch von verschiedenen Kollegen einer Kritik unterzogen und beschlossen, diese Angelegenheit in der biesigen „Volkswacht“ zu verhandeln. Alsdann erfolgte Schluß der Versammlung.

**Dortmund.** Am 1. Februar fand hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Kollege Lorenz aus Hamm-Burg referierte über die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Derselbe verstand es, den Anwesenden ein klares Bild von der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen zu geben und wie dieselben seit ihrer Entstehung von den Behörden mit allen möglichen Mitteln daran gehindert wurden, den § 182 der Gewerbeordnung auszuführen. Der Referent, nöher auf unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse eingehend, betonte, daß bei der heutigen Produktionsweise der Mittelstand immer mehr zurücktrat und das Heer der Proletarier vermehrte, wozu noch jede Verbelastung einer Machtlosen Arbeitkräfte überflüssig machte und auf's Strohknosfer leze, welches Rothland und Arbeitslosigkeit zur Folge habe. Redner schloß mit einem Appell an die Anwesenden, ihren gewerkschaftlichen Organisationen beizutreten, denn durch Stärke seien dieselben geeignet, für das Wohl ihrer Mitglieder einzutreten und zur Verfestigung derselben beizutragen. An das Rejeter schloß sich eine lebhafte Debatte, wobei auf die Verhältnisse hier am Orte hingewiesen wurde. Es wurde bestont, daß durch die Krise im Bauwesen in den letzten Jahren ein starker Zugang von Arbeitskräften von Auswärts stattgefunden, was zur Folge habe, daß im Jahre 1887, mühelos errungene Lohnsatz von 40-45 Stundenlohn reduziert werde. Manche Weiser entblödeten sich nicht, in der jetzigen Jahreszeit Maurer mit 22-24-40 abzurechnen. Die Kollegen hier am Orte möchten zur Einsicht kommen und sich der biesigen Bühnse des Verbandes anschließen, damit es möglich sei, daß Jeder mit seiner Arbeitskraft so viel für sich und seine Familie erwirke, um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können.

**Kassel.** Am Mittwoch, den 17. Januar, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Bühnse Kassel, statt. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung mit der Aufnahme von sechs neuen Mitgliedern und Erheben der Beiträge erledigt war, verlas der Kassier C. Ebdn die Abrechnung, welche einen Rauschensland der biesigen Bühnse von M. 67.01 ergab und von den Revisorern bestätigt und von der Versammlung genehmigt wurde; der Kassier erhielt Decharge. Dann wurde ein Wahleomilie, bestehend aus den Kollegen Jungblaus, Bönnert und Kettl gebildet. Nun ließ der Vorsthende zwei Briefe durch den Schriftführer verlesen, der erste aus Bielefeld empfahl, dem dort aufgestellten Kandidaten zu geben, der zweite aus Hannover, unsere Stimme zu geben, in dem anderen aus Halberstadt wurde erachtet, dem vorstigen Kandidaten, Kollegen Friedrich Kuhlein zu geben, unsere Stimme zu geben. Kollege Kühn stellt einen Antrag dahingehend, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Gegen den Antrag sprachen die Kollegen Stephaun und Jungblaus, dafür leinet; der Antrag wurde abgelehnt.

Dann wurde zur Wahl übergegangen, es erhielten: Kollege Friedrich Kuhlein, Halberstadt 28, Bauingenieur und Rektor Emil Groth 2 und 2 Stimmen waren ungültig. In der Statutenberatung sprach Kollege E. D. in sich dahin aus, daß die Wochenbeiträge zu bestehen bleibten müßten. Kollege Christensen ist der Meinung, daß die Extrabetriebsgräfe reduziert werden müssen wegen der schlechten Baufonctionair und dem großen Zugzug nach Kassel. Kollege Jungblaus spricht sich dafür aus, daß Jungblaus zu Michaelis aus der Lehre kommt und dem Verband gleich beitreten, die Reiterschule auch ausbezahlt wird; zur weiteren Statutenberatung folgte die Abrechnung am darauffolgenden Sonntag zusammenkommen im Hotel Wittrup. Danach verlas Kollege Hampel die Zusammensetzung der Statistik der biesigen Kollegen, welche von der Versammlung angenommen wurde. Sonst sprachen noch im „Beschiedenen“ die Kollegen Wittrock, Brüning, Kopp und Rechere, die über die Verbandsfassung einen zu allgemeinen Charakter annahm; mußte der Vorsthende, da der überwiegende Beanteil mehrere Male mit Auflösung bedroht hatte, die Versammlung aufzusperren. Schlüß 11½ Uhr. Die gewünschten Änderungen der Statuten ergaben: Der Verbandsstag findet alle zwei Jahre statt. Sobann ein Mitglied gewählt ist und die Stadt verlassen muss, werden ihm die ganze Kosten bewilligt. Gegen den Antrag Lorenz-Pamberg. Die längere Zeit auf Agitation gewesenen Mitglieder haben Beitritt zum Verbandsstag, haben aber die Kosten, die dadurch entstehen, selber zu tragen. Dann, die wöchentlichen Beiträge zu belassen und Mai und Oktober von den Extrabeträgen zu trennen. Die biesige Bühnse stimmt nicht für den Antrag Berlin: 15 & statt 10 Abwöchentliche Beiträge zu erheben. Zugestellt, welche nachzuweisen, daß sie erst Gelese geworden sind, ist Meisterprüfung zu gewähren, sobald dieselben einen Monat Mitglied sind. Die übrigen Mitglieder müssen ein Jahr dem Verbande angehören haben. Die Räder der Delegierten auf M. 6 festzulegen; der ortsübliche Tagelohn fällt weg und fährt 8. Klass. Diese Feststellung steht im Statut festgelegt.

**Chemnitz.** Am Sonntag, den 4. Februar, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der biesigen Bühnse statt. Nachdem die Beiträge erhoben und ein neues Mitglied aufgenommen war, teilte der Vorsthende mit, daß sich laut eingelaufener Mitteilung des Vorstandes, eine Stichwahl zwischen den Kollegen F. Höase in Osterburg und F. Reckel in Städterstädt nöthig mache. Er sprach aus, daß eine Organisation mit niedrigsten Beiträgen naturnothwendig zurückspringen müßt, deshalb würden wir die Beiträge nicht erneueren, denn wir wüssten nicht, ob noch jemals eine Bühnse kommt. Das Wort Ferdinand Bassalle's aus seinem Rede, welche er vor zuletzt 80 Jahren in Frankfurt a. M. hielt: „Für deutschen Arbeiter seißt merkwürdig Deutel vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plänken, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, Euch aber mußt man vorher erst noch bezeugen, daß in einer traurigen Lage seid“ usw. Diese Worte Bassalle's, so sprach Redner aus, haben ein Echo in der deutschen Arbeiterwoelt gefunden. Was nun die Lebenshaltung des Arbeiters angeht, so landen wir hier ein zutreffendes Bild. Die Staatsregierung forderte für die Soldaten - Naturversorgung im Jahre 1892 M. 1 an voller Tagelohn mit Brotpack Tag und Kopf. Das müßte man plänken, wenn er die Arbeit verdient, daß er seine Familie eingerichtet ernähren wolle, nach dem, was der Soldat an voller Tagelohn erhält? Die Arbeit verdienten aber in dieser Zeit nur höchst M. 1 pro Tag. Im Weiteren spricht der Referent aus, der schwer arbeitende Mann gebraucht zu seiner vollständigen Ernährung täglich 120 Gramm verdauliches Eiweiß, 70-100 Gramm Fett und 460-500 Gramm Kohlenhydrate. So hat ja auch der Kaplan Hig a Buch herausgegeben, welches sich betrifft: Das häusliche Glück. An die Hausfrauen und Mädchen. In dem Buche heißt es, daß vollkommen durch nichts getriebt Glück werden, wie erst im Himmel finden. Unter Anderem hat er auch einen Rückenzettel herausgegeben, wonach sich der Arbeiter ganz gut und billig ernähren kann, nämlich mit Buttermisch, Kartoffeln und Brotkrühe. Er würde aber wohl an diese Fette nicht herantreten, denn sein Pfaffenmagazin wird dieselbe wohl nicht vertragen können. Gerade so wie die Ernährung der Arbeiter bestimmt ist, so verhält es sich auch mit den Wohnungen der Arbeiter in Bezug auf Lust und Nicht. Diese sind oft so niedrig, daß ein ziemlich großer Mann sich von der Decke die Haare abschneiden lassen kann. Sobann forderte der Referent diejenigen auf, welche noch seiner Organisation angehören, sich derselben anzuschließen, damit sie den Wert der Vereinigung feststellen lernen und sich die Worte Bassalle's erfüllen: „Die Allianz der Wissenschaft und des Arbeiters wird alle Hindernisse überwinden.“ Zum Schluß ermahnte der Referent nochmals den Vorort mit großem Beifall aufzunehmen. Zur Diskussion meldete sich Reimer und so wurde die Versammlung vom Vorsthenden geschlossen.

**Gadebusch i. M.** Am 28. Januar fand hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in welcher Kollege Ulrich Paul aus Hannover einen Vortrag über „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter und die Nothwendigkeit der Organisation“ hielt. Redner begann seinen zielstrebigen Vortrag mit den Worten Bassalle's aus dessen am 18. Mai 1863 in Frankfurt a. M. gehaltenen Rede: „Die deutschen Arbeiter seißt merkwürdig Deutel vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plänken, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, Euch aber mußt man vorher noch beweisen, daß in einer traurigen Lage seid. So lange Ihr nur ein Stück Brot kostet und ein Glas Bier, meikt Ihr das gar nicht und wißt garnicht, daß Euch etwas fehlt. Das kommt aber Eurer verdammt Bedürfnislosigkeit!“ usw. Diese Worte Bassalle's hätten in den Herzen der deutschen Arbeiter gezündet, der Arbeiter sangt an, einzusehen, daß er ein Recht habe, die Besserstellung seiner Lage zu fordern. Zur Lebenshaltung der Arbeiter übergehend, spricht der Referent an, der Hand reichen statistischen Materials die traurige Ernährungswelt derselben, und da unterscheide sich noch mit unerhörter Dreistigkeit der Kaplan Hig aus W. Gladbach, den Arbeitersfrauen: eine Anzahl Matzschlöge zur Herstellung von billigen Mittagsspeisen zu geben; er selbst hält es aber für gut, nicht nach seinen Rezepten zu kochen. Nicht besser als die Ernährungswelt seien die Wohnungsvorhältnisse. Diese traurigen Bühnäden könne aber nur durch die Organisation abgebessert werden. Darum auf, Kameraden, heißt mit freitem im Kampf für Freiheit und Recht; schon leichtet das Morgenrot einer besseren Welt! Nächster Beitrag lohnste den Redner am Schluß seiner Ausführungen. Da sich Niemand mehr zum Wort meldete, wurde die Versammlung vom Vorsthenden mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

**Danzig.** In einer am Dienstag, den 31. Januar, im Hause Breitgasse Nr. 42 abgehaltenen Bauhandwerkerversammlung, die recht zahlreich besucht war, hielt Genosse Edstein einen Vortrag über „Die politische und Gewerkschafts-Organisation“, welcher lebhaften Beifall fand. Redner sprach aus, daß diese beiden Organisationen nicht zu trennen sind, sondern die eine müsse die andere erleben. Die gewerkschaftliche Organisation sei die Bühnse der politischen und die politische müsse die gewerkschaftliche Organisation unterstützen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, die sich jedoch im Sinne des Referenten hielten. Zum Schluß ersuchte Genosse Edstein die Anwesenden, recht zahlreich in die Organisation einzutreten.

Arbeiter eine gegenseitige Einigkeit erzielen, um somit ihren Arbeitgebern gewissermaßen einen Damm entgegenzulegen und durch Verminderung der Arbeitszeit- und Erhöhung der Löhne jene und ihren Familien eine bessere Existenz zu ermöglichen. Sobann sprach Redner über den Arbeiterschuh, über die Gewerbegefechte, und über den Rechtschutz und erklärte die Wirkung der Politik auf die Organisationen der Arbeiter. Ferner kam der Referent auf die nothleidenden Landwirthe zu sprechen und erwähnte er die Liebesgabe, die den Brandwirbrenner gemacht werde und die von uns Arbeitern aufgebracht werden müsse. Redner forderte dann auf zur Anreitung, Aufmunterung und Anspornung der indifferenteren Kollegen zur Organisation. Am Schluß erwähnte derselbe noch die Alters- und Invalidenrente und lobte die gute Betreuung der biesigen Arbeiter bei der letzten Reichstagssitzung. In der Diskussion Genosse Reithamml im Sinne des Referenten und sprach sein Bedauern über den schlechten Besuch der Versammlung aus, die Schuld der biesigen Polizei-Behörde umstehend, indem der einzige und zur Verfügung stehende Saal nur 80 Personen aufnehmen darf, die übrigen Säle sind uns alle abgetreten. Da sich Niemand zum Wort meldete, schloß Genosse Barthahn mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung um 9½ Uhr die Versammlung.

### Bauhandwerker.

**Marin.** Am 25. v. M., Abends 8 Uhr, fand hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher Genosse Paul aus Hannover als Referent erschien war. Nach Wahl des Büros erhielt der Vorsthende dem Referenten das Wort. Derselbe hielt einen Vortrag über „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter und die Nothwendigkeit der Organisation“. Der Referent leitete seinen Vortrag ein mit den Worten Ferdinand Bassalle's aus seinem Rede, welche er vor zuletzt 80 Jahren in Frankfurt a. M. hielt: „Für deutschen Arbeiter seißt merkwürdig Deutel vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plänken, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, Euch aber mußt man vorher erst noch beweisen, daß in einer traurigen Lage seid“ usw. Diese Worte Bassalle's, so sprach Redner aus, haben ein Echo in der deutschen Arbeiterwoelt gefunden. Was nun die Lebenshaltung des Arbeiters angeht, so landen wir hier ein zutreffendes Bild. Die Staatsregierung forderte für die Soldaten - Naturversorgung im Jahre 1892 M. 1 an voller Tagelohn mit Brotpack Tag und Kopf. Das müßte man plänken, wenn er die Arbeit verdient, daß er seine Familie eingerichtet ernähren wolle, nach dem, was der Soldat an voller Tagelohn erhält? Die Arbeit verdienst aber in dieser Zeit nur höchst M. 1 pro Tag. Im Weiteren spricht der Referent aus, der schwer arbeitende Mann gebraucht zu seiner vollständigen Ernährung täglich 120 Gramm verdauliches Eiweiß, 70-100 Gramm Fett und 460-500 Gramm Kohlenhydrate. So hat ja auch der Kaplan Hig ein Buch herausgegeben, welches sich betrifft: Das häusliche Glück. An die Hausfrauen und Mädchen. In dem Buche heißt es, daß vollkommen durch nichts getriebt Glück werden, wie erst im Himmel finden. Unter Anderem hat er auch einen Rückenzettel herausgegeben, wonach sich der Arbeiter ganz gut und billig ernähren kann, nämlich mit Buttermisch, Kartoffeln und Brotkrühe. Er würde aber wohl an diese Fette nicht herantreten, denn sein Pfaffenmagazin wird dieselbe wohl nicht vertragen können. Gerade so wie die Ernährung der Arbeiter bestimmt ist, so verhält es sich auch mit den Wohnungen der Arbeiter in Bezug auf Lust und Nicht. Diese sind oft so niedrig, daß ein ziemlich großer Mann sich von der Decke die Haare abschneiden lassen kann. Sobann forderte der Referent diejenigen auf, welche noch seiner Organisation angehören, sich derselben anzuschließen, damit sie den Wert der Vereinigung feststellen lernen und sich die Worte Bassalle's erfüllen: „Die Allianz der Wissenschaft und des Arbeiters wird alle Hindernisse überwinden.“ Zum Schluß ermahnte der Referent nochmals den Vorort mit großem Beifall aufzunehmen. Zur Diskussion meldete sich Reimer und so wurde die Versammlung vom Vorsthenden geschlossen.

**Großostheim.** Am 28. Januar fand hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in welcher Kollege Ulrich Paul aus Hannover einen Vortrag über „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter und die Nothwendigkeit der Organisation“ hielt. Redner begann seinen zielstrebigen Vortrag mit den Worten Bassalle's aus dessen am 18. Mai 1863 in Frankfurt a. M. gehaltenen Rede: „Die deutschen Arbeiter seißt merkwürdig Deutel vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plänken, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, Euch aber mußt man vorher noch beweisen, daß in einer traurigen Lage seid. So lange Ihr nur ein Stück Brot kostet und ein Glas Bier, meikt Ihr das gar nicht und wißt garnicht, daß Euch etwas fehlt. Das kommt aber Eurer verdammt Bedürfnislosigkeit!“ usw. Diese Worte Bassalle's hätten in den Herzen der deutschen Arbeiter gezündet, der Arbeiter sangt an, einzusehen, daß er ein Recht habe, die Besserstellung seiner Lage zu fordern. Zur Lebenshaltung der Arbeiter übergehend, spricht der Referent an, der Hand reichen statistischen Materials die traurige Ernährungswelt derselben, und da unterscheide sich noch mit unerhörter Dreistigkeit der Kaplan Hig aus W. Gladbach, den Arbeitersfrauen: eine Anzahl Matzschlöge zur Herstellung von billigen Mittagsspeisen zu geben; er selbst hält es aber für gut, nicht nach seinen Rezepten zu kochen. Nicht besser als die Ernährungswelt seien die Wohnungsvorhältnisse. Diese traurigen Bühnäden könne aber nur durch die Organisation abgebessert werden. Darum auf, Kameraden, heißt mit freitem im Kampf für Freiheit und Recht; schon leichtet das Morgenrot einer besseren Welt! Nächster Beitrag lohnste den Redner am Schluß seiner Ausführungen. Da sich Niemand mehr zum Wort meldete, wurde die Versammlung vom Vorsthenden mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

**Danzig.** In einer am Dienstag, den 31. Januar, im Hause Breitgasse Nr. 42 abgehaltenen Bauhandwerkerversammlung, die recht zahlreich besucht war, hielt Genosse Edstein einen Vortrag über „Die politische und Gewerkschafts-Organisation“, welcher lebhaften Beifall fand. Redner sprach aus, daß diese beiden Organisationen nicht zu trennen sind, sondern die eine müsse die andere erleben. Die gewerkschaftliche Organisation sei die Bühnse der politischen und die politische müsse die gewerkschaftliche Organisation unterstützen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, die sich jedoch im Sinne des Referenten hielten. Zum Schluß ersuchte Genosse Edstein die Anwesenden, recht zahlreich in die Organisation einzutreten.

und agitatorisch zu wirken. Hierauf folgte mit einem Hoch auf die politische wie gewerkschaftliche Organisation Schluß des öffentlichen Bauhandwerkerverbandes statt. Das Bureau wurde zusammengekehrt aus Dengel als ersten, Hoffmann als zweiten Vorsitzenden und Dittich als Schriftführer. Als Referent war Voenz; Hamburg erschienen, der in aussichtsreicher Weise über "Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die gewerkschaftliche Arbeitervororganisation" sprach. Er führte aus, daß die Lage der Arbeiter durch die heutige herrschende planlose Produktionsweise immer schlechter werde. Bahllose Arbeiter müßten gegenwärtig infolge der Überproduktion das Straßenplakat kreisen und seien dem Hunger und Elend preisgegeben. Auch das Kleinhandwerk werde durch das Kapital mehr und mehr aus seiner Position herausgedrängt und in das Proletariat heruntergedrückt. Die Folge sei, daß der Arbeitsmarkt ein immer größerer Verlust aber immer schlechter werden. Um diesen schlechten Zuständen etwas abzuhelfen, sei es notwendig, daß sich die Arbeiter immer mehr gewerkschaftlich vereinigen. In der Diskussion erklärte Genossen Berg, daß mit den Ausführungen des Referenten einstimmig einstimmig. Auch das Kleinhandwerk werde durch das Kapital mehr und mehr aus seiner Position herausgedrängt und in das Proletariat heruntergedrückt. Die Folge sei, daß der Arbeitsmarkt ein immer größerer Verlust aber immer schlechter werden. Um diesen schlechten Zuständen etwas abzuhelfen, sei es notwendig, daß sich die Arbeiter immer mehr gewerkschaftlich vereinigen. In der Diskussion erklärte Genossen Berg, daß mit den Ausführungen des Referenten einstimmig einstimmig.

Kreuznach. Am 24. v. Mts., Abends 8 Uhr, fand eine öffentliche Bauhandwerkerveranstaltung statt. Das Bureau wurde zusammengekehrt aus Dengel als ersten, Hoffmann als zweiten Vorsitzenden und Dittich als Schriftführer. Als Referent war Voenz; Hamburg erschienen, der in aussichtsreicher Weise über "Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die gewerkschaftliche Arbeitervororganisation" sprach. Er führte aus, daß die Lage der Arbeiter durch die heutige herrschende planlose Produktionsweise immer schlechter werde. Bahllose Arbeiter müßten gegenwärtig infolge der Überproduktion das Straßenplakat kreisen und seien dem Hunger und Elend preisgegeben. Auch das Kleinhandwerk werde durch das Kapital mehr und mehr aus seiner Position herausgedrängt und in das Proletariat heruntergedrückt. Die Folge sei, daß der Arbeitsmarkt ein immer größerer Verlust aber immer schlechter werden. Um diesen schlechten Zuständen etwas abzuhelfen, sei es notwendig, daß sich die Arbeiter immer mehr gewerkschaftlich vereinigen. In der Diskussion erklärte Genossen Berg, daß mit den Ausführungen des Referenten einstimmig einstimmig.

Nach diesem Urteil können nun tatsächlich die meisten in öffentlichen Versammlungen gewählten Kommissionen, sobald sie Frauen als Mitglieder haben, Politik treiben und in Verbindung treten, als Vereine betrachtet und bestraft werden.

Die Gerichte aber gerathen damit vor dieselbe Katastrophe, in welcher die Düsseldorfer Gerichte sich befanden: Vereine, also Kommissionen vorbezeichnete Art, sind auszuhören, die Befreiung derselben zu bestreiten — ja, es sind ja aber keine Befreiung! Es ist ja auch Niemand in den Berichten aufgenommen worden, alle wurden ja gleichzeitig gewählt! Hat sie die Befreiung etwa "ausgenommen"? Wer soll denn nun bestraft werden? Sie haben wir ein (in unserem Reichstaat freilich nicht unerhebliches) "Auctorium". Es sind Befreiungen gegen das Gesetz begangen, Strafbestimmungen sind vorhanden, die Personen zu ermitteln, und doch können sie nur bestraft werden, wenn der schriftsinnige Justiz sich das Urteil herausläßt. Das Rechtsbewußtsein des Volkes wird sie nicht bestrafen, selbst nach unseren Gesetzen nicht!

Das Urteil ist begründet wie folgt: "Wenn auch bei den meisten Vereinen eine Organisation (Veltung durch Vorstand, Präfekt, u. v.) vorhanden ist, so ist doch diese innere Organisation des Vereins nicht als ein gesetzlich erforderliches Merkmal des Vereins zu betrachten, sondern es kann auch Vereine im Sinne des Vereinseuges geben, ohne eine solche Veltung. Es genügt das Zusammenwirken mehrerer Personen zum gemeinsamen Zweck auf längere Dauer. Daher trifft hier die Reichsgerichtsentscheidung zu, welche einen Ausdruck, öffentlich gemacht, als einen Verein betrachtet habe. — Das Landgericht zu Köln hat daher wesentlich die Frage zu beantworten: 'Welche Täglichkeit hat die zu gefordnerenmaßen in öffentlicher Versammlung gewählte Kommission (Verein) zu vollführen, und darnach das Strafmaß a. f. festzulegen.'

Sollte das Urteil Allgemeingültigkeit erlangen, so können für die Folge nur noch zwei Personen mit denjenigen Aufgaben betraut werden, welche bisher die Kommissionen, deren Täglichkeit von längerer Dauer ist, vertreten haben, daß mehrere man sich bei Belten.

\* Der "große Unzug" hat schon wieder eine Erweiterung erfahren. Ein Tu ich, ausgebracht gelegentlich eines Hochs auf die Sozialdemokratie, ist ein Vergehen gegen § 380 Abs. 11 des Reichs-Strafgesetzbuches. Diese pyramidalen Weisheit förderte der Gemeindevorstand von Böhlitz, eines Dorfes im Fürstentum Braunschweig, zu Tage. Vier Musiker, die den Tuich gebauten, wurden mit Strafmandaten von je M. 10 bestraft.

Wit kollegialischem Gruss Karl Röhn.

### Gerichts-Chronik.

Reichsgerichtsentscheidung. Hinsichtlich des Verbotes der Besitzung von Arbeiteranfechtungen und an den Vorabenden von Festtagen hat der § 105a Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung in der Fassung vom 1. Juni 1891 bestimmt: "Welche Tage als Feiertage gelten, bestimmen unter Berücksichtigung des örtlichen und sonstigen Besonderheiten die Landesregierungen." Durch diese Bestimmung ist, nach einem Urteil des Reichsgerichts, I. Strafensatz, vom 2. Oktober 1893, den Landesregierungen nicht die Neuregelung der Feiertage geboten, sondern es gelten darnach in Ermangelung einer Neuregelung die bis herigen einschlängigen Landes-Verordnungen.

Über einen Prozeß, betw. das Galten von Feiertagen, wird der "Baugewerbe-Ztg." berichtet: "Das gemeindliche Landgericht zu Gera hatte in der Berufungsinstanz durch Urteil vom 7. April 1892 entschieden, daß die Bestimmungen des § 105a Abs. 1 zu 3 der Gewerbe-Ordnung den Innungen allein die Beifügung zugesprechen, Lebhafte zu halten und auszubilden, um welche die Garantie zu schaffen, daß nur Leute, welche eine entsprechende Erlaubnung nachgewiesen hätten, Lebhafte auszubilden dürften, wie dies auch die Entstehungsgeschichte des betreffenden Paragraphen der Gewerbe-Ordnung beweist. Außerhalb der Innung stehende Unternehmer dürfen demnach Lebhafte nicht halten. Dieses Urteil wurde auch in der

und Gedem, der sich für die Naturwissenschaften interessiert, auf das Angelegenheit zu empfehlen. Preis pro Lieferung 20 St.

Internationales aus dem "Volksstaat" (1871—1876) von Friedrich Engels. Verlag des "Vorwärts". Preis 30 St.

Die Neuauflage der hier gesammelten, s. B. im "Volksstaat" und zum Teil auch im gegenwärtigen Moment von besondrem Interesse. Namenslich trifft das auf "Die Bakunisten und der Arbeit" und das Programm der Bakunistischen Kommunisten und Schriftsteller Engels das schmäßliche und die Interessen der Arbeiterklasse schädigende Treiben der Anarchisten und ließt in der Geschichte des 78er Aufstandes in Spanien den Nachweis, wie die auch heute von einer gewissen Seite immer wieder erhobene Forderung der Entzettelung vom politischen Kampf in der Praxis stets darauf hinauslaufe, die Interessen der Bourgeoisie und der Reaktion zu fördern, und wie die Revolutionen vom allgemeinen Weltmarkt auch in jenem spanischen Aufstande an den politisch-ökonomischen Thatsachen scheiterten. Die Kritik des Bakunistischen Programms ist gerade jetzt um so interessanter, als die Gruppe der Bakunisten, die damals zum ersten Male sich zum jetzigen deutschen Kommunismus bekannte, daneben aber den Standpunkt der revolutionären Thätigkeit einnahm, heute unter Führung ihres bedeutendsten Kopfes Baillot in die französische Republik eingetreten und mit dem Marxisten in die gleiche Kampfslinie eingeschwenkt ist.

Sozialdemokratie und Antisemitismus. Verlag des "Vorwärts". Preis 20 St.

Die Broschüre enthält die vom Reichstag-Abgeordneten August Bebel auf dem Berliner Parteitag zur Verhandlung gestellte aber wegen Zeitmangel nicht zur Diskussion gelangte Frage der Stellung der Sozialdemokratie zum Antisemitismus. Bebel steht in der Kritik des antisemitischen Programms des kleinbürgertümlich-reaktionären Charakters des Antisemitismus klar auseinander, erklärt aus dem in der bürgerlichen Gesellschaft witen-der ökonomischen Gesetzen Erklären und Agitation dieser Bewegung und weist nach, wie der Antisemitismus — der "Sozialismus des dummen Kerls" — wenn auch unbewußt — gegen den Willen seiner Führer und Gönner, schließlich doch mit innerer Notwendigkeit revolutionär wirkt und als Vorarbeiter der Sozialdemokratie die kleinbürgertümlichen und kleinbürgerlichen Gesellschaftsschichten zum Radikalen über die Ursachen ihres sozialen Niedergangs bringt und sie zum Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Ausbeutung — wider Juden und Jünger — organisiert. In einem Nachtrag bestätigt sich Bebel eingedenk mit den Konserativen und weist zahlenmäßig nach, wie von jeder die Finster die eigentlichen Feinde der Kleinbauern gewesen; wie sie schließlich durch das "Bauernsteigen", heute durch die Konkurrenz der großen Betriebe und das systematische Aufzäubern des kleinen Besitzes den Kleinbauer von Sos und Hof treiben. In einer vergleichenden Zusammenstellung über den Anteil der Juden im Verhältnis zu den Christen an Verbrechen und Vergehen während des Jahres 1882—83 weiß der Verfasser nach, wie nicht Rassen-eigenschaften, sondern die ökonomischen Bedingungen die Handlungswille der Menschen bestimmen.

### Briefkasten.

\* Der diesmaligen Sendung des "Grundstein" liegt für die Bevölkerung rezip. Vertrauensmänner die Nr. 5, 4. Jahrgang, des "Correspondenzblattes" der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei.

Die Expedition des "Grundstein".

Thorn 7. Anonyme Gerichte werden ein für allemal nicht ausgenommen.

Pötzsch, P. Gesangvereine unterliegen, wenn sie sich nur mit den Werke des Gesanges beschäftigen, dem preußischen Vereinsrecht nicht; sie brauchen daher auch kein Statut noch Mitgliederverzeichnis bei der Polizeibehörde einzurichten.

Dresden, K. Der Vertrag enthält nichts Anderes, als was im "Grundstein" abgedruckt ist.

Stolp, K. Wenn Sie noch etwas schmäleres Papier nehmen wollen, wäre nichts mehr auszuschreiben.

Weber, W. Eine nach Verlauf von sieben Wochen erfolgende Berichtigung dürfte denn doch ihren Zweck durchsetzen. Außerdem enthält Ihr Schreiben nur eine allgemein gehaltene Verweisung gegen den wider Sie erwähnten Vorwurf, dagegen nicht das geringste Thatsächliche. Wir lehnen daher die Aufnahme ab.

Wilsenburg, S. Für Ihren Brief müssten wir 20 Pf. Strafporto zahlen. Nehmen Sie künftig doch nicht so starkes Papier.

Mainz, S. Eingesandtes ist viel zu lang, außerdem muß dasselbe vollständig umgearbeitet werden; wozu es uns angemeldet ist an Zeit mangelt.

### Zentral-Verband der Männer Deutschlands und verwandten Vereinigungen.

Sie Hamburg.

In Nachfolgendem veröffentlichten wir die Resultate der folgefundenen Delegiertenwahlen zum zweiten Verbandstage. Gewählt sind:

1. Wahlabschluß: F. Schwarze - Flensburg mit 128 Stimmen.
2. Wahlabschluß: F. Siebel - Kiel mit 93 St.
3. Wahlabschluß: H. Kleinfeld - Altona mit 128 St.
4. Wahlabschluß: H. Richter mit 85, H. Brüggemann mit 94 und C. Schwarz mit 71 Stimmen, sämmtlich in Hamburg.
5. Wahlabschluß: F. Efttinge - Wandsbek mit 73 St.
6. Wahlabschluß: H. Böhl - Rostock mit 188 St.
7. Wahlabschluß: C. Weniger - Harburg mit 79 St.
10. Wahlabschluß: H. Niendorf - Bremen mit 57 St.
12. Wahlabschluß: H. Ebner - Hannover mit 65 St.

### Literarisches.

Sozialpolitische Centralblatt. Herausgegeben von Heinrich Braun, Carl Heymann's Verlag, Berlin W., Mauerstraße 44.) Jeder Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierjährlich M. 2,50. Einzelnummer 20 St. Erhältlich ist Nr. 19, 8. Jahrgang.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, F. H. W. Diez's Verlag) ist soeben das 18. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Seltsame Wörterprüfung. — Der jüngste holländische Parteitag. Von H. von Kol. — Aufzehrung des Identität-Nachwuchses.

Ein Gewerkschafts-Montag in Österreich. — Die Zigarrenarbeiter-Ehre 1878 und 1892. — Heileton: Herzog und die Partei deutsche Legion. II.

Von dem im Verlage von F. H. W. Diez in Stuttgart erschienenen naturwissenschaftlichen Werk, "Die Thierewelt", eine illustrierte Naturgeschichte der jetzt lebenden Thiere, sind soeben die Hefte 28 bis 30 erschienen. Die Hefte sind wie die bereits erschienenen mit zahlreichen Illustrationen versehen.

14. Wahlabsch.: E. Grotz. Bielefeld mit 79 St.  
16. Wahlabsch.: F. Schulz. Berlin mit 107 St.  
19. Wahlabsch.: E. Gräppler. Berlin mit 118 St.  
21. Wahlabsch.: H. Kupke. Görlitz mit 74 St.  
22. Wahlabsch.: H. Voßel. Görlitz mit 168 St.

Bei den Einzelmitgliedern in Dresden wurden die Kollegen  
H. Häflich und A. Röde mit 83 resp. 67 Stimmen und  
von den Einzelmitgliedern in Leipzig, Großenhain,  
Johanngeorgenstadt, Reichenbach i. B., Niesa,  
Bürgen und Bautzen der Kollege Berger. Bautzen mit  
99 Stimmen gewählt.

In folgenden Wahlabschließungen wurden  
die Wahlen nicht endgültig entschieden, es  
müssen deshalb Stichwahlen vorgenommen  
werden. Die Resultate sind folgende:

Bei der 6. Wahlabschließung erhielten: C. Stüben-Altona  
12, E. König-Binneweber 89, H. Deutscher-Altona 20, H.  
Fürs-Rieksdorf 29 Stimmen. — Stichwahl zwischen  
E. König-Binneweber und H. Fürs-Rieksdorf.

Bei der 8. Wahlabschließung erhielten: C. Köhne-Eims-  
horn 73, Ch. Döll-Reinhardt 87, H. Bud.-Ichoe 58 Stimmen. — Stichwahl zwischen C. Köhne-Eims-  
horn und H. Bud.-Ichoe.

In der 11. Wahlabschließung erhielten: H. Westerholt-Delmenhorst 57, C. Wöhrl-Bremervörde 11, G. Schir-  
wohn-Wilhelmshaven 82, H. Siemon-Leb 17, O. Kröhl-  
Blumenthal 29 Stimmen. — Stichwahl zwischen H.  
Westerholt-Delmenhorst und C. Wöhrl-Bremervörde.

In der 12. Wahlabschließung erhielten: C. Böckling-Parchim 89, H. Bergfeld-Ulzburg 102, A. Buden-  
dahl-Gelle 66, A. Röse-Celle 1 und Aug. Brokmann-  
Gelle 1 Stimme. — Stichwahl zwischen C. Böckling-  
Parchim und H. Bergfeld-Ulzburg.

In der 15. Wahlabschließung erhielten: D. Bartels-Dasselbörn 20, H. Franzen-König 22, F. Köhne-  
Eisen a. Rh. 60, H. Lupp-Dortmund 26, H. Büs-a. Rh.  
4 Stimmen. — Stichwahl zwischen H. Lupp-Dortmund  
und H. Köhne-Eisen.

In der 16. Wahlabschließung erhielten: R. Erhardt-  
Münster 49, Paul Bürkner-Stuttgart 98, O. Heiß-  
Nordhausen 48, C. Broßowitsch-Stuttgart 1, W. Otto-  
Nordhausen 1 Stimme. — Stichwahl zwischen W. Otto-  
Nordhausen und R. Erhardt-Münster.

In der 17. Wahlabschließung erhielten: R. Haase-Oster-  
burg 119, F. Rehler-Stadt 73, E. Goepel-Chemnitz 33, R. Birkensfeld-Duedingen 47 Stimmen. — Stich-  
wahl zwischen R. Haase-Osterburg und F. Rehler-  
Stadt.

In der 20. Wahlabschließung erhielten: G. Schulz-  
Frankfurt a. M. 48, R. Goebel-Gütersloh 72, W. Müller-  
Brandenburg 1, F. Thiemann-Vell 49 Stimmen. — Stich-  
wahl zwischen R. Goebel-Gütersloh und F. Thie-  
mann-Vell.

Wir wollen hier noch darauf aufmerksam machen, daß die  
Wahlprotokolle spätestens bis zum 21. Februar beim Vorstand  
eingefunden sind. Später eingegangene Protokolle können unter  
keiner Umständen berücksichtigt werden, weil die Abstimmung noch  
zukommengestellt werden müssen und den gewählten Delegierten  
die Mandate noch vor dem Verbandskluge zugespielt sind.  
Bürohöfen, welche ihre Stimmen zur Gelung bringen wollen,  
müssen daher ihre Wahlprotokolle rechtzeitig einenden.

Trotzdem nach § 6 des Statuts nur solchen Mitgliedern  
Reiseunterstützung ausbezahlt werden darf, welche 6 Monate dem  
Verband angehört haben, ist dem Mitgliede E. Kreuzinger,  
Buch-Nr. 31 434, in den Bahnhöfen Heide, Sutum, Niel,  
Eckernförde und Holstenau; dem Mitgliede Hermann  
Summa, Buch-Nr. 44 525, in den Bahnhöfen Niedorf,  
Tempelhof, Weißensee, Berlin und Tegel; den Mit-  
gliedern Wilhelm Küster, Buch-Nr. 44 385 und Hermann  
Löbe, eingetragen 17. Juni 1893 in Dresden, vom  
Vertrauensmann Brunzen sehr vor Ablauf der 6 Monate Reise-  
unterstützung ausgezahlt worden. Wir glauben schon genug auf  
die Bestimmungen des Statuts aufmerksam gemacht zu haben,  
so daß solche Fehler nicht mehr vorkommen dürfen. Die Bahnhof-  
verwaltungen werden nochmals ermahnt, darauf zu achten,  
daß solche Unregelmäßigkeiten nicht wieder vorkommen.

Die gewählten Verwaltungsbürohöfen der neugegründeten  
Zahlstelle Schwarzenbek sind vom Vorstand bestätigt.

Der Vorstand.

In der Zeit vom 30. Januar bis 6. Februar sind folgende  
Bürohöfe der Hauptstelle eingegangen:

Bürohöfe der örtlichen Verwaltung in:

Celle a. d. S. 4. 21. Osterburg 14. 41. Bückow-  
57. 41. Neubukow 17. 22. Schwedt a. d. O. 20. Leipzig  
46. 20. Summa 4. 176. 24.

Hamburg, den 6. Februar 1894.

F. Höster,  
Vorstandesleiter, Borsigvereinsniederlage, Wilhelmstraße 18, I.

## Anzeigen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und  
verwandten Berufsgenossen.

Zahlstelle Uelzen.

## Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 18. Februar, Nachmittag 8½ Uhr.

Tagessordnung:

1. Wahl der örtlichen Verwaltungsbürohöfen.
2. Verschiedenes.

Um das Erheben sämtlicher Mitglieder wird gebeten.  
[M. 1,80]

Der Bevollmächtigte.

Nienstedten.

Das Erheben sämtlicher Kollegen zu der am Donner-  
tag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr, stattfindenden Ver-  
sammlung ist, der wichtigsten Tagessordnung halber, dringend  
notwendig.

[M. 1,00]

Der Bevollmächtigte.

Zentral-Krankenkasse der Maurer,  
Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands  
„Grundstein zur Einigkeit“.

Eingeschriebene Häuselkasse Nr. 7. Sitz: Altona.

Nach § 22 der Statuten beruft der Vorstand die nächste

## Ordentliche Generalversammlung.

zum 16. April d. J. (und folgende Tage) nach Dresden ein,  
welche wird den 16. April, Morgens 9 Uhr, im Saale des  
Berlins für Botschaft, Dresden-Alstadt, Schölergasse 29,

Beginn der Vorlesung der Botschaft.

1. Wahl einer Mandatsprüfung-, Geschäftssordnungs- und  
Beschwerde-Kommission.

2. Berichterstattung der Mandatsprüfung-, und Geschäftssordnungs-Kommissionen und Beschlusssitzung über Anträge

der Botschaftsdelegationen.

3. Geschäftsrückericht des Ausschusses, des Vorstandes und der  
Kassenredaktion.

4. Beratung und Beschlusssitzung über Änderung der  
Statuten und Anträge zu denselben.

5. Berichterstattung der Beschwerde-Kommission und Beschlusssitzung über Anträge der Botschaftsdelegationen.

6. Freilegung der Beamtengehalte.

7. Wahl des Sitzes des Ausschusses, sowie Wahl der Aus-  
schussmitglieder und deren Erzählmänner, Wahl des Vor-  
standes und dessen Erzählmänner.

8. Verschiedenes in Kasinangelegenheiten.

Nach Schluß der Generalversammlung der Krankenkasse:

## General-Versammlung der Sterbekasse.

Tagessordnung:

1. Kostenbericht des Kassiers und der Kassenrevisoren.
2. Beratung und Beschlusssitzung über Anträge zur Ände-  
rung der Statuten.
3. Verschiedenes in Kasinangelegenheiten.

Altona, 1. Februar 1894.

Der Vorstand.

J. A. W. Thiemar, Vorstand.

In der Woche vom 20. Januar bis 2. Februar sind folgende  
Beiträge eingezogen: Von der örtlichen Verwaltung in Neuzelle  
M. 75, Bismarck 60, Bützow 300. Summa M. 425.

Büchelkasse erhielt: Berlin 4. 200, Steitloff 400, Lübeck-  
Wischdorf 200, Dortmund 200, Hainholz 150, Salzwedel 100,

Groß-Nieden 100, Düsseldorf 100, Pforzheim 100, Gütersloh 100, Striesen 81, Ahlen 60, Bielefeld 40, Schwei-  
nburg 30, Hamburg 1000. Summa M. 4691.

Altona, den 8. Februar 1894.

E. Reich, erster Hauptkassier,

Friedrichstraße 28.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und  
verwandten Berufsgenossen.

Zahlstelle-Hausleistung.

Am 20. Februar findet die Wahl der örtlichen  
Verwaltung statt. Sämtliche Mitglieder werden erlaubt,  
zu erscheinen.

[M. 1,20]

## Die örtliche Verwaltung.

20. Februar 1894.

Die örtliche Verwaltung.

20. Februar 1894.